



V 6458 E

STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 3

März 1988

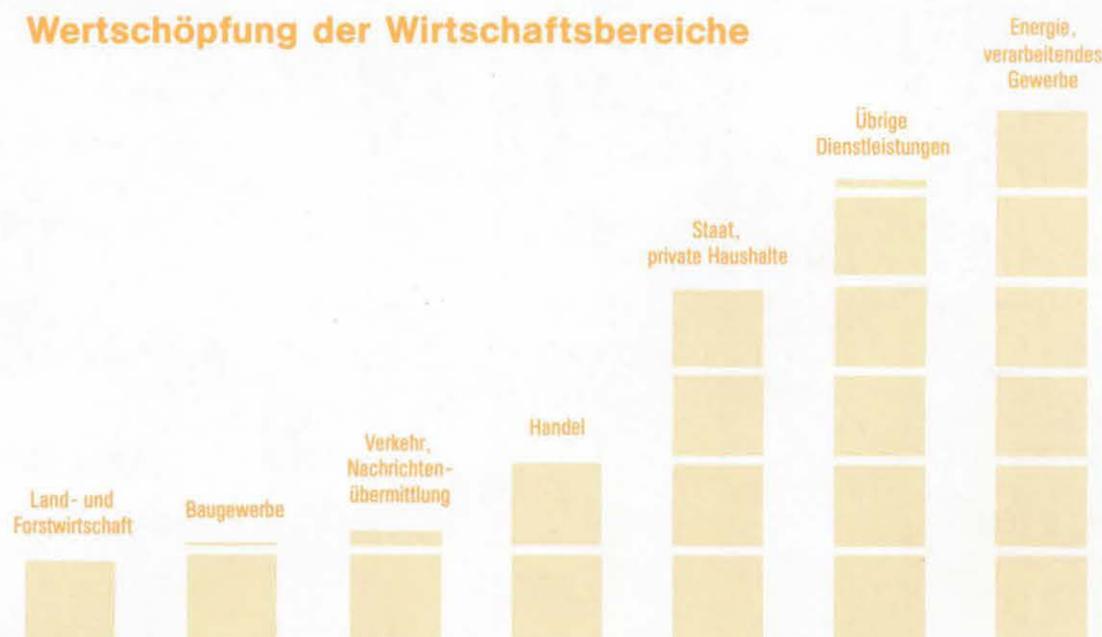
Grafik des Monats: Säuglinge und ihr Geburtsgewicht

Aufsätze: Sozialversicherung in der VGR
Bauhauptgewerbe

Aus unserem Archiv

Statistisches Amt für Hamburg
und Schleswig-Holstein
Bibliothek
Standort Kiel

Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche



Herausgegeben vom

STATISTISCHEN LANDESAMT SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wirtschaftsstatistische Schnellinformation

		Jüngster Monat		Monatsdurchschnitt	
		absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleicher Monat) in %	absolut	Veränderung zum Vorjahr (gleiche Zeit) in %
Verarbeitendes Gewerbe ¹		Dezember 1987		Januar bis Dezember 1987	
Beschäftigte	1 000	164	- 1,3	164	- 1,6
Geleistete Arbeiterstunden	Mill. Std.	15	+ 0,5	15	- 3,0
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	613	+ 5,2	570	+ 2,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 163	- 0,7	2 995	- 1,9
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 479	- 4,5	2 321	- 3,3
Auslandsumsatz	Mill. DM	683	+ 16,0	675	+ 2,9
Auftragseingang					
ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	2 517	+ 49,9	1 763	+ 3,7
aus dem Inland	Mill. DM	1 145	+ 8,2	1 177	+ 4,7
aus dem Ausland	Mill. DM	1 373	+121,1	586	+ 1,9
Energieverbrauch	1 000 t SKE			196	+ 26,1
Bauhauptgewerbe ²					
Beschäftigte	1 000	39	+ 1,0	40	- 0,6
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	3	- 5,4	4	- 3,3
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	105	- 0,9	105	+ 0,3
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	469	- 3,7	344	- 7,1
Auftragseingang ³	Mill. DM	209	+ 27,7	204	- 3,1
Baugenehmigungen ⁴					
Wohnbau	Wohnungen	281	- 22,2	553	- 15,2
Nichtwohnbau	1 000 m ³ umbauter Raum	276	- 38,9	414	+ 3,5
Einzelhandel		Oktober 1987		Januar bis Oktober 1987	
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	108,9	+ 5,9	100,9	+ 3,9
Gastgewerbe					
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Meßziffer 1986 = 100	99,3	+ 6,1	105,0	+ 1,8
Fremdenverkehr ⁵		November 1987		Januar bis November 1987	
Ankünfte	1 000	143	+ 3,0	270	- 0,5
Übernachtungen	1 000	517	+ 2,8	1 519	+ 0,2
Arbeitsmarkt		Dezember 1987		Januar bis Dezember 1987	
Arbeitslose	Anzahl	116 184	- 0,3	111 048	- 3,0
Außenhandel		November 1987		Januar bis November 1987	
Ausfuhr	Mill. DM	1 035,5	+ 56,0	843,9	+ 8,3
Kredite ⁶					
Bestand am Monatsende					
kurzfristige Kredite	Mill. DM	8 609	- 9,6	8 974	- 9,0
mittel- und langfristige Kredite ⁷	Mill. DM	48 937	+ 3,9	48 048	+ 4,1

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1

2) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1

3) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten

4) Nur Errichtung neuer Gebäude

5) in Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Gästebetten (einschließlich Jugendherbergen; ohne Campingplätze)

6) an inländische Unternehmen und Private, ab 1.1.1986 einschließlich Raiffeisenbanken

7) einschließlich durchlaufender Kredite

INHALT 3/88

	Seite
Aktuelle Auslese	43
Aufsätze	
Die Sozialversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ..	44
Das Bauhauptgewerbe im Wandel	54
Aus unserem Archiv	58
Grafik des Monats	50
Tabellenteil	Beilage
Entwicklung im Bild	3. Umschlagseite

Inhalt der letzten 5 Hefte nach Monaten

- Heft 10/1987
Einkommensverteilung 1983
Sozialer Wohnungsbau
Studien- und Berufswünsche
- Heft 11/1987
Schlachtungen
Sozialhilfe 1986
- Heft 12/1987
Landtagswahl 1987
- Heft 1/1988
Handelsvermittlung
Systematiken
- Heft 2/1988
Gewerbezahlungen

Inhalt der bisher erschienenen Hefte des laufenden Jahrgangs

	Heft/Seite
Unternehmen und Arbeitsstätten	
Gewerbezahlungen	2/24
Handel und Gastgewerbe	
Handelsvermittlung	1/4
Verschiedenes	
Systematiken	1/14



STATISTISCHE MONATSHEFTE

SCHLESWIG - HOLSTEIN

40. Jahrgang

Heft 3

März 1988

Aktuelle Auslese

Fremdenverkehrsbilanz



Trotz des verregneten Sommers 1987 können die Beherbergungsstätten mit 9 und mehr Betten mit dem vergangenen Sommerhalbjahr zufrieden sein. Mit 2,26 Mill. Gästen und 13,8 Mill. Übernachtungen wurde das Vorjahresergebnis noch geringfügig übertroffen. Weniger Gäste und Übernachtungen mußten dagegen die Campingplätze hinnehmen.

Wanderungsbilanz positiv



Von April bis Juni 1987 kamen 15 439 Personen nach Schleswig-Holstein, während 14 539 Personen das Land verließen. Es verbleibt ein Wanderungsgewinn von 900 Einwohnern.

Im gleichen Zeitraum des Vorjahres stieg die Bevölkerungszahl durch diese grenzüberschreitenden Wanderungen um 1 347 Personen.

Weiterhin steigende Studentenzahl



Im Wintersemester 1987/88 sind an den Hochschulen des Landes 33 362 Studierende eingeschrieben. Das sind 5 % mehr als im Wintersemester 1986/87. Die Zahl der Studienanfänger ist um 19 % auf 4 655 gestiegen, die Zahl der weiblichen Studenten um 5 % auf 12 535. Der Frauenanteil beträgt wie vor einem Jahr 38 %.

Den stärksten Zuwachs an Studierenden erlebten die Fachhochschulen mit 13 %. Insgesamt sind dort jetzt 12 330 Studierende eingeschrieben, und zwar 4 753 (+ 5 %) in Kiel, 2 217 (+ 5 %) in Lübeck, 1 358 (+ 31 %) in Flensburg, 1 049 (+ 4 %) in Wedel, 1 001 (+ 19 %) an der Verwal-

tungsfachhochschule Altenholz und 1 952 (+ 46 %) an der Fernfachhochschule Rendsburg.

An den Universitäten stieg die Studentenzahl dagegen nur um ein Prozent. An der Universität Kiel sind 17 407 (+ 1 %) Studierende immatrikuliert, an der Medizinischen Universität Lübeck 1 197 (+ 5 %) und an der Nordischen Universität Flensburg 51 (+ 65 %). An den pädagogischen Hochschulen studieren jetzt 2 035 Personen (+ 1 %), und zwar 1 420 in Kiel und 615 in Flensburg. An der Musikhochschule Lübeck ging die Studentenzahl um 3 % auf 342 zurück.

Konkurse 1987 deutlich zurückgegangen



Im Jahre 1987 wurden bei den schleswig-holsteinischen Amtsgerichten insgesamt 752 Konkurse angemeldet. Das sind 118 Konkurse oder 13,6 % weniger als ein Jahr zuvor. Seit 1984 ist dies die geringste Zahl von Insolvenzen.

Im Bundesgebiet verlief die Entwicklung nicht so günstig; hier macht der Rückgang nur die Hälfte — etwa 7 % aus.

Die Unternehmenskonkurse verringerten sich um 98 oder knapp 15 % auf nunmehr 565. Nach der Unterscheidung in Wirtschaftsbereiche ging die Zahl der Konkurse am kräftigsten im Dienstleistungsbereich — nämlich um 24 — zurück. Im Baugewerbe und im Handel wurden jeweils 19 Fälle weniger beantragt. Beim verarbeitenden Gewerbe verminderten sich die Konkurse um 14 und in der Landwirtschaft sowie bei Verkehr und Nachrichtenwesen um je 12.

Gegenüber dem Vorjahr erhöhten sich die Forderungen der Gläubiger um 103 auf insgesamt 491 Mill. DM. Somit ergibt sich je Konkursfall eine Forderungshöhe von 776 Tsd. DM anstelle von 527 im Jahr zuvor.

Die Sozialversicherung in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen

Funktionale und institutionelle Abgrenzung

Wirtschaftlich tätige Subjekte — seien es Unternehmen, der Staat oder die privaten Haushalte und ihre Individuen — haben es sich zur Gewohnheit machen müssen, Daseinsvorsorge zu betreiben. Im wirtschaftlichen Handeln schlägt sich das als Ersparnis, als Investition und auch in verschiedenen, eigens dafür organisierten Systemen von Transferzahlungen nieder. Auch einem Teil des laufenden Verbrauchs von Gütern und Diensten kann man den Vorsorgecharakter attestieren, so beim Staatsverbrauch, vielen Leistungen des Gesundheitswesens, der Bildung, der Ausbildung und des Kultuswesens schlechthin. Den Unterhalt von Streitkräften mag man dazurechnen, mit Verlaub auch die amtliche Statistik. Auch der private Verbrauch enthält Elemente der Daseinsvorsorge. Dies soll hier nicht vertieft werden.

Die Transfersysteme zur Daseinsvorsorge sind in Deutschland wie in wohl allen anderen Industrieländern parallel zur wirtschaftlichen Entwicklung ausgebaut und verfeinert worden. In vielen Staaten hat sich schon sehr früh die Trennung in einen staatlich gelenkten und in einen privatwirtschaftlich organisierten Teil verfestigt. Auch in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (abgekürzt VGR, dann aber singularisch gebraucht) werden staatlicher und privater Teil getrennt behandelt und unterschiedlichen Zwischenaggregaten zugeschrieben: Die Sozialversicherung zählt zum Sektor und zum Wirtschaftsbereich Staat, die privaten Versicherer, deren Behandlung in der VGR hier nur in einem Exkurs dargestellt wird, zum Wirtschaftsbereich „Kreditinstitute, Versicherungen“.

Zur Sozialversicherung rechnet, was vom Staat auferlegt, kontrolliert oder finanziert wird, so die internationale Systematik.¹ Der Charakter der Zwangsabgaben muß dabei nicht der allein vorherrschende sein, freiwillige Beitragsleistungen rechnen auch in der VGR dazu. Umgekehrt sind Vorsorgevereinbarungen, die der Staat als Arbeitgeber auf quasi-tarifärer Basis mit seinen Beschäftigten trifft (z. B. Pensionsvereinbarungen), in der VGR wie ja auch in unserem Rechtssystem nicht Teil der Sozialversicherung. Die Behandlung der

Beamtenpensionen in der VGR wird in einem zweiten Exkurs geschildert (unterstellte Sozialbeiträge).

In Deutschland gibt es seit Bismarcks Zeiten ein Grundsystem staatlich angeordneter und mit Zwangsabgaben finanzierter Sozialversicherungen, das auch heute noch das Gerüst bildet. Obwohl es so verschiedene Risiken des Lebens wie Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit und auch altersbedingte Erwerbslosigkeit abdeckt und es dafür auch jeweils Subsysteme gibt, spricht man von der Sozialversicherung im Singular. Zu ihr gehören in der Bundesrepublik die

- Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten
- Knappschaftliche Rentenversicherung
- Zusatzversorgungseinrichtungen für Angestellte und Arbeiter des Bundes, der Länder, der Gemeinden und anderer öffentlicher Körperschaften (z. B. Zusatzversorgungsanstalt des Bundes und der Länder, Versorgungsanstalt der Deutschen Bundespost, Zusatzversorgungskassen von Gemeinden und Gemeindeverbänden)
- Altershilfe für Landwirte
- Gesetzliche Krankenversicherung
- Gesetzliche Unfallversicherung
- Arbeitslosenversicherung

Eine sehr umfassende Darstellung und Bewertung des Transfersystems hat 1981 die von der Bundesregierung eingesetzte Transfer-Enquête-Kommission vorgelegt.² Die Daten der VGR werden dort mit Hilfe einer ganzen Reihe von Bereichsstatistiken wie Mikrozensus, Einkommens- und Verbrauchsstichproben, Steuerstatistiken und Wohnungsstichproben auf bestimmte sozio-ökonomische Haushaltsgruppen aufgeteilt, darüber hinaus aber mit Daten über diverse weitere, auch nicht-monetäre Transfers angereichert.

Buchungstechnische Besonderheiten

Man könnte meinen, daß die Bedeutung der Sozialversicherung sich in der VGR in erster Linie im Transferbereich niederschlägt, also in der Umverteilungsrechnung, d. h. bei der Ermittlung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte. Daß aber vor allem auch der Staatsverbrauch, also eine Komponente der Verwendung von Gütern, in relativ hohem Maße vom

1) A System of National Accounts, Hrsg: United Nations, New York 1968

2) Transfer-Enquête-Kommission, Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland, veröffentlicht durch die Bundesregierung 1981

Teilsektor Sozialversicherung bestimmt ist, mag auf den ersten Blick erstaunen. Die Ursache dafür liegt in buchungstechnischen Besonderheiten, auf die hier zunächst einzugehen ist:

Die Einnahmen der Sozialversicherungsträger bestehen zu fast neun Zehnteln aus den Zwangsbeiträgen der privaten Haushalte (Arbeitnehmer) und der Arbeitgeber. Im VGR-Kontensystem sind das laufende Übertragungen, deren Gegenleistung keine „spezielle“ ist, also nicht unmittelbar und adäquat zum monetären Strom erfolgt. Die Gegenleistung der Sozialversicherung findet zwar nach festen Bedingungen, aber in nicht genau vorhersehbarer Höhe und — wenn überhaupt — zu ungewisser Zeit statt, sei es als Rente, als Arbeitslosen- oder Mutterschaftsgeld, als Krankengeld o.a.m. In diesen genannten Beispielen wird in der VGR ebenfalls ein Transfer gebucht, hier in umgekehrter Richtung, also von der Sozialversicherung an die privaten Haushalte. Die wirtschaftliche Tätigkeit der Sozialversicherung liegt darin, diesen Transfermechanismus zu organisieren und durchzuführen. Dazu setzt sie Arbeitskräfte und in Form von Bürogebäuden mit entsprechendem Inventar auch Kapital ein.

Im Gesundheitswesen und in der Rehabilitation gibt es aber Leistungen der Sozialversicherung, die keine laufende Übertragung ohne spezielle Gegenleistung sind. Was der sozialversicherte Patient an ärztlicher Behandlung erfährt, wird als Dienstleistung des Arztes oder des Krankenhauses von seiner Krankenversicherung „gekauft“. Insbesondere in der Rehabilitation ist aber auch die Sozialversicherung mit eigenem Personal in eigenen Einrichtungen tätig.

Staatliche Personalausgaben	}	Entstehungsrechnung
+ Abschreibungen		
+ Produktionssteuern		
= Bruttowertschöpfung zu Marktpreisen	}	Verwendungsrechnung
+ Käufe für die laufende Produktion		
= Produktionswert		
- Verkäufe von Verwaltungsleistungen	}	Verwendungsrechnung
= Staatsverbrauch		

Die Verkäufe von Verwaltungsleistungen und die Produktionssteuern (faktisch nur Kfz-Steuer auf Dienstfahrzeuge) fallen nicht ins Gewicht, auch die Abschreibungen sind von relativ geringer Bedeutung. Der Staatsverbrauch der Sozialversicherung wird in hohem Maße von den „Käufen für die laufende Produktion“ bestimmt, in erster Linie also von den Medikamenten, den Arzt- und den Klinikkosten. Weil die Krankheit und ihre Behandlung zur höchstindividuellen Privatsphäre gerechnet werden, ist das natürlich unbefriedigend. Hier

setzen deshalb auch Überlegungen an, den Schnitt zwischen Staats- und privatem Verbrauch anders zu legen.³ Zählte man aber die Krankheitskosten zum privaten Verbrauch, dann müßte man auch das verfügbare Einkommen um die Krankenkassenbeiträge wieder erhöhen, wenn Konsum- und Sparquote aussagefähig bleiben sollen. Daß der sozialversicherte Patient seinen Arzt, sein Krankenhaus, seinen Apotheker, seinen Optiker, sein Labor usw. nicht oder nur zum kleinen Teil selbst bezahlt, ist also nicht nur für das Kostenbewußtsein im Gesundheitswesen, sondern auch für die VGR ein Dilemma.

Einnahmen und Ausgaben

Die wirtschaftlichen Transaktionen, die Eingang in die VGR finden, betreffen die Produktion, den Austausch und die Verwendung von Gütern und Diensten, die Verteilung der Wertschöpfung, die Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Sie können auch rein finanzieller Natur sein, d. h. die Veränderung von Forderungen und/oder Verbindlichkeiten zum Inhalt haben. Nicht immer liegt gleichzeitig ein Güter- und in umgekehrter Richtung ein monetärer Strom zugrunde. Dies gilt vor allem für die Transaktionen, an denen der Staat beteiligt ist. In der VGR des Statistischen Bundesamtes werden deshalb für den Staat gesondert auch die Einnahmen und Ausgaben nachgewiesen, letztere in der Gliederung u. a. nach Aufgabenbereichen. Die Ergebnisse für den Staat werden vom Statistischen Bundesamt als Reihe S. 10 (Der Staat in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen) der Fachserie 18 veröffentlicht, zuletzt im Oktober 1987 für die Zeitreihe 1950 bis 1986.

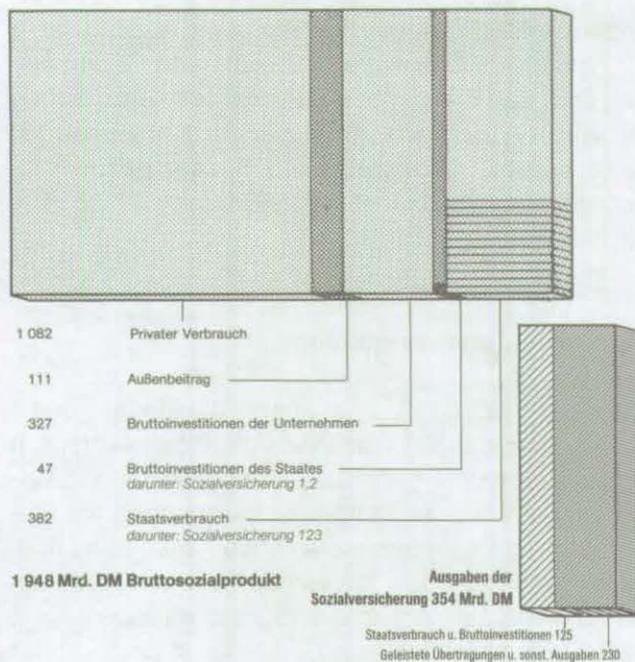
Für die Bundesländer gibt es den Nachweis nach Einnahmen und Ausgaben und nach Aufgabenbereichen nicht, weil das Ausgangsdatenmaterial des Bundes und der Sozialversicherung dafür regional nicht ausreichend gegliedert ist. Dies hätte bei dem weitgehend zentralstaatlichen Aufbau und den über die Ländergrenzen hinweg vernetzten Zahlungsströmen auch wenig Sinn, jedenfalls solange man den Transaktor Sozialver-

3) Siehe hierzu Kopsch, G., Staatsverbrauch nach dem Ausgaben- und dem Verbrauchskonzept, in: *Wirtschaft und Statistik*, Heft 4/1984. Dem Problem, hier zu einer auch im internationalen Vergleich befriedigenden Lösung zu kommen, hat das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaft eine gesonderte Veröffentlichung gewidmet: J. Petre, *The treatment in the national accounts of goods and services for individual consumption produced, distributed or paid for by government*, in: *Studies of national accounts — No 1*, Hrsg.: SAEG, Luxemburg 1983

Bruttosozialprodukt und Ausgaben der Sozialversicherung 1986

D 5649 Stat. LA S-H

— Zahlen für das Bundesgebiet —

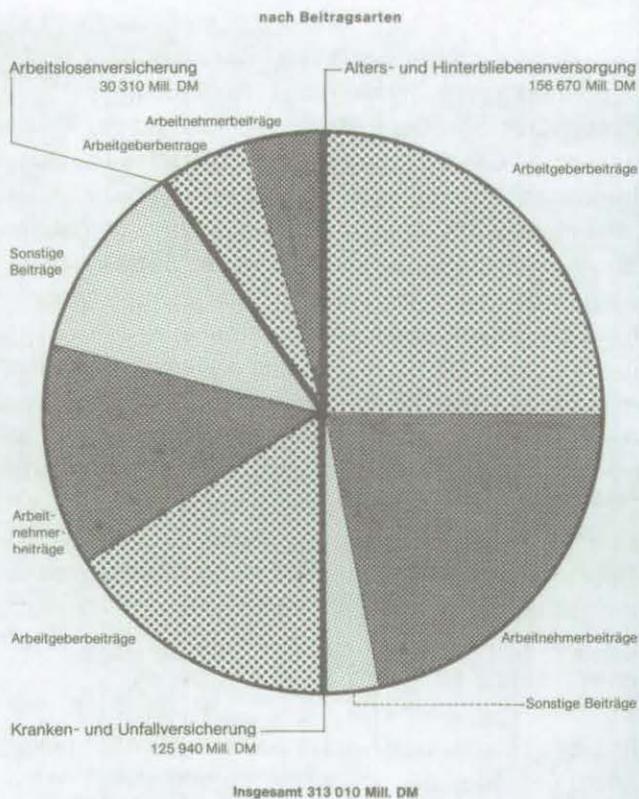


sicherung betrachtet. Von Interesse und für die Berechnung der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte unerlässlich ist es dagegen, wieviel laufende Übertragungen die privaten Haushalte der Schleswig-Holsteiner an die Sozialversicherung leisteten und wieviel sie von ihr empfingen. Dies wird in einem gesonderten Abschnitt dargestellt. Hier soll auf die Bundeswerte der Einnahmen und Ausgaben der Sozialversicherung für 1986 eingegangen werden, um Größenvorstellungen auch über die reinen Umverteilungsvorgänge zu geben, die über das Sozialversicherungssystem vonstatten gehen. Die Einnahmen und Ausgaben sind nach VGR abgegrenzt, d. h. sie enthalten keine Zahlen der Finanzierungsrechnung.

Die Sozialversicherung tätigte 1986 für 354 Mrd. DM Ausgaben, davon waren allein 230 Mrd. DM oder fast zwei Drittel Übertragungen an andere Sektoren. Das übrige gute Drittel der Ausgaben entfiel nahezu völlig auf die 123 Mrd. DM Staatsverbrauch der Sozialversicherung. Auf der Einnahmeseite standen 364 Mrd. DM, sie stammten zu 86 % oder 313 Mrd. DM aus (tatsächlichen) Sozialbeiträgen. Zur Abgrenzung der tatsächlichen von den unterstellten Sozialbeiträgen sei auf den Exkurs zu dieser Besonderheit am Ende des Aufsatzes verwiesen. Die Bedeutung der Sozialversicherung für die Umverteilungsvorgänge in unserer Wirtschaft kommt darin zum Ausdruck, daß ihre Einnahmen bzw.

D 5651 Stat. LA S-H

Tatsächliche Sozialbeiträge an den Staat im Bundesgebiet 1986



Ausgaben 1986 ein Volumen hatten, das etwa einem Fünftel des Sozialprodukts entsprach.

Die 313 Mrd. DM tatsächlichen Sozialbeiträge wurden fast genau zur Hälfte für die Alters- und Hinterbliebenenversorgung eingezahlt, zu 40 % galten sie der Kranken- und Unfallversicherung und zum restlichen Zehntel der Arbeitslosenversicherung. Bei der Alters- und Hinterbliebenenversorgung wie bei der Arbeitslosenversicherung stammten die Beiträge jeweils zur Hälfte von den Arbeitgebern, zum übrigen Teil aus Einzahlungen der Arbeitnehmer und aus sonstigen Beiträgen, d. h. aus Beiträgen des Staates für Empfänger sozialer Leistungen, aus Eigenbeiträgen dieser Personengruppe sowie aus Beiträgen von Selbständigen, Hausfrauen, Studenten u. ä. Diese sonstigen Beiträge haben bei der Kranken- und Unfallversicherung mit 28 % der Einnahmen eine weitaus höhere Bedeutung.

Die Ausgaben der Sozialversicherung für den Staatsverbrauch — 1986 waren das zusammen 123 Mrd. DM — waren zu neun Zehnteln Sachaufwand. Hier kommt die eingangs genannte Besonderheit im Gesundheitswesen zum Tragen.

Es liegt nahe, zunächst weiter auf den Staatsverbrauch auch nach Bundesländern und erst dann auf die Wertschöpfung und die daraus entstandenen Einkommen einzugehen, denn letzteren liegt eine völlig andere Fragestellung zugrunde: Welchen Beitrag zum Sozialprodukt steuert die Sozialversicherung aus ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit heraus bei? Weil aber die Berechnung des Staatsverbrauchs der Länder an die der Wertschöpfung gekoppelt ist, sollen zunächst die Ergebnisse der Wertschöpfung geschildert werden.

Wertschöpfung

Organisation und Durchführung des staatlichen Teils der Daseinsvorsorge stellt eine Dienstleistung, einen Wert dar, dessen Inanspruchnahme nicht über einen Markt erfolgt. Wie beim übrigen Staat auch, wird die Wertschöpfung der Sozialversicherung deshalb additiv über die Kosten bewertet, die zu ihrer Erstellung aufgewendet werden mußten, nämlich für Personal und für Kapitalverzehr (Abschreibungen). Die definitorisch dazugehörigen Produktionssteuern, die an die Gebietskörperschaften zu zahlen sind, sind bei der Sozialversicherung vernachlässigbar gering. Die 1986 im Bundesgebiet nicht ganz 13 Mrd. DM Bruttowertschöpfung — brutto heißt hier einschließlich Abschreibungen — entfallen zu über 12 Mrd. DM (95 %) auf Einkommen aus unselbständiger Arbeit, also auf Personalkosten. Die übrigen 5 % sind nahezu völlig die Abschreibungen. An der Bruttowertschöpfung des Staates insgesamt hat die Sozialversicherung mit 6 % einen recht geringen Anteil.

Dienststellen der Sozialversicherung gibt es in allen Bundesländern. Für die VGR der Länder liefert die Personalstandsstatistik der öffentlichen Verwaltungen die Zahl der dort arbeitenden Personen nach ihrem Dienstverhältnis (Arbeiter, Angestellter, Beamter). Die Entgelte je Bundesland sind dieser Statistik nicht entnehmbar, sie werden über Bundesdurchschnitte je Dienstverhältnis ermittelt.

Gewisse Probleme gibt es mit den Sozialversicherungsträgern unter Länderaufsicht. Dies sind u. a. die Ortskrankenkassen und die Landesversicherungsanstalten. Aus meldetechnischen Gründen ist deren gesamtes Personal regional dem Sitz des Trägers zugeordnet, auch wenn dessen Dienststellen in anderen Bundesländern liegen, wie es z. B. bei Kurheimen u. ä. häufig der Fall ist. Dies wird nach Maßgabe einer dreijährlich regional tieferen Aufbereitung der Dienststellen von der Kopfzahl her ausgeglichen, ohne daß für diese umregionalisierten Personen auch deren Beschäftigungs-

verhältnis bekannt ist. Gleichwohl: Die Länderergebnisse sind für diesen Wirtschaftszweig vergleichsweise gut abgesichert.

Die Abschreibungen der Sozialversicherung wie die der Gebietskörperschaften und der Organisationen ohne Erwerbszweck werden anders ermittelt als die für die übrigen Wirtschaftszweige, nämlich ohne rechnerischen Bezug zu den Investitionen. Das liegt daran, daß Daten zur Wertschöpfung wesentlich früher benötigt werden als die Zahlen der Verwendungsrechnung. Da die Wertschöpfung beim Staat und bei den Organisationen o. E. additiv ermittelt wird, wird der Bundesansatz der Abschreibungen, der dann bereits vorliegt, nach Maßgabe der Personalausgaben auf die Länder verteilt. Die dem zugrundeliegende Annahme der gleichen regionalen Verteilung von Abschreibungen und Personalkosten ist sicherlich angreifbar, aber sie vereinfacht den Rechengang. Angesichts der relativ geringen Bedeutung der Abschreibungen ist der Mangel hinnehmbar. Für die regionale Verteilung der noch viel unbedeutenderen Produktionssteuern gilt das analog.

Für die Länder liegen originär berechnete Ergebnisse der Bruttowertschöpfung erst für 1985 vor. Für 1986 gibt es z. Z. lediglich Fortschreibungsergebnisse, bei denen in der wirtschaftlichen Tiefengliederung noch Abstriche gemacht werden müssen und die für die Bereichstiefe der Sozialversicherung nicht veröffentlicht werden. Von den 12,1 Mrd. DM, die die Sozialversicherung 1985 zur Bruttowertschöpfung des Bundes beitrug, entfielen 468 Mill. DM oder 3,9 % auf Dienststellen in Schleswig-Holstein. Dies entspricht nicht ganz dem Bevölkerungsanteil des Landes am Bund (4,3 %).

Im Zeitraum seit 1970 hat die Bedeutung der Sozialversicherung als Arbeitgeber, im Land wie im Bund etwa gleichermaßen, kräftig zugenommen. Die Bruttowertschöpfung der Sozialversicherung hat sich in diesen eineinhalb Jahrzehnten fast vervierfacht, die Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche dagegen nur fast verdreifacht. Bei den übrigen Wirtschaftsbereichen besteht die Wertschöpfung aber auch zu einem meist sehr viel niedrigeren Anteil aus Arbeitsentgelten.

Staatsverbrauch

Der Staatsverbrauch Schleswig-Holsteins wird in den laufenden Veröffentlichungen nicht gesondert für den Teilsektor Sozialversicherung ausgewiesen. Es sind einige Vorbemerkungen nötig, die dem Problem der Regionalisierung staatlichen Leistungsverzehrs im

allgemeinen und dem der Sozialversicherung im besonderen gelten.

Der Staatsverbrauch ist definiert als der nicht verkaufte Teil des Produktionswertes staatlicher Leistungen. Er ergibt sich aus dem — in der Länderrechnung allerdings nur imaginären — Produktionskonto⁴ Staat als Differenz von Produktionswert und Verkäufen des Staates (aus laufender Produktion). Die Ableitung des Staatsverbrauchs, also einer Komponente der Verwendung von Gütern und Diensten, aus dem Produktionswert (Entstehungsrechnung) impliziert, daß auch die Verkäufe des Staates nach denselben Gesichtspunkten regionalisiert werden wie die übrigen Positionen des Produktionskontos auch, nämlich produktionsort-/dienststellenorientiert. Dazu werden Daten der Finanzstatistik verwendet, ersatzweise entsprechende Schlüsselgrößen.

Den Staatsverbrauch einer Region aus ihrem Produktionswert Staat herzuleiten heißt, daß die vom Staat verbrauchte, also ex definitione nicht verkaufte Leistung dort nachgewiesen wird, wo sie auch erbracht worden ist. Oder anders und im Beispiel ausgedrückt: Die Dienstleistungen der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte in Berlin oder des Statistischen Bundesamtes in Wiesbaden kommen zwar auch anderen Regionen als Berlin und Hessen zugute, aber ohne daß dafür ein Marktpreis gezahlt wird. Einen Regionaltransfer staatlicher Nulltarif-Leistungen bucht weder die VGR des Bundes noch die der Länder. Weil das zu der Fehlinterpretation führen kann, daß die Einwohner einer Region mit überproportional hohem Staatsverbrauch sich über Gebühr vom Staat mit Leistungen versorgen lassen, ist diese Vorgehensweise unbefriedigend. Es gibt Überlegungen, hier zu einer anderen Regionalisierung zu kommen. In Heft 2/1986 dieser Zeitschrift ist darauf bereits näher eingegangen worden.

Für den Teilsektor Sozialversicherung gelten zwischen Produktionswert, Wertschöpfung und Staatsverbrauch völlig andere Größenverhältnisse als für die Gebietskörperschaften. Auf die hohe Bedeutung der Käufe für die laufende Produktion ist bereits hingewiesen worden. Umgekehrt ist der Teil des Produktionswertes der Sozialversicherung, der verkauft wird, schon seit Jahren so minimal, daß er nicht einmal ein Promille erreicht. Faktisch sind hier also Produktionswert und

Staatsverbrauch identisch. Die eingangs bereits genannten 123 Mrd. DM 1986 im Bundesgebiet machten am Verbrauch des gesamten Staates 32 % aus. Hier ist der Anteil der Sozialversicherung also deutlich höher als an der Wertschöpfung des gesamten Staates (6 %).

Die genannten Besonderheiten der Regionalisierung gilt es zu bedenken, wenn man den Staatsverbrauch der Sozialversicherung in Schleswig-Holstein betrachtet. Er betrug 1985 nicht ganz 5 Mrd. DM. Schleswig-Holstein hatte damit am Bundeswert einen Anteil von 4,2 %, der knapp dem seiner Bevölkerung entsprach (4,3 %). Daß sich die Regionalverteilung des Staatsverbrauchs der Sozialversicherung letztlich doch der der Bevölkerung stark anpaßt, ist eine Auswirkung folgender Besonderheit:

Die Rechnungsabschlüsse der Sozialversicherungsträger liefern zwar für das Bundesgebiet relativ genaues und sachlich tief gegliedertes Material, auch wenn es dafür keine einheitlichen Vorschriften der Rechnungslegung gibt. Aber die Regionalgliederung dieser Zahlen reicht für eine auch nur annähernd ähnliche exakte Länderrechnung nicht aus. Über den Mitgliederbestand und auch über die Einnahmen und Ausgaben der meisten Kassenarten liefern die Geschäfts- und Rechnungsergebnisse der gesetzlichen Krankenversicherung länderweise Angaben. Die Regionalisierung ist aber uneinheitlich: Beschäftigte Mitglieder sind nach dem Sitz ihres Betriebs, die übrigen Mitglieder, also vor allem die Rentner, sind nach dem Wohnort zugeordnet. Würde man diese Angaben in der VGR verwenden, wäre eine schätzweise Umrechnung auch der erwerbstätigen Mitglieder auf das Inländerkonzept erforderlich.

Zur Zeit wird der Bundesansatz der Sachkäufe der Sozialversicherung, also überwiegend die Medikamente sowie die Leistungen von Ärzten, Krankenhäusern usw., weitgehend nach der jahresdurchschnittlichen Wohnbevölkerung auf die Bundesländer „verteilt“. Nur die Käufe der Sozialversicherung von den Gebietskörperschaften, also die Käufe von Leistungen der kommunalen und der Landeskrankenhäuser, sind insofern regionalspezifisch zugeordnet, als sie aus den entsprechenden Einnahmen dieser Gebietskörperschaften laut Finanzstatistik berechnet wurden. Letztendlich werden — wenn man den auf die Wertschöpfung entfallenden Teil damit einbezieht — rund 44 % (Angaben für 1985) vom Bundesansatz des Staatsverbrauchs Sozialversicherung nach dafür spezifischen Regionalangaben und die restlichen 56 % nach der Wohnbevölkerung auf die Bundesländer „geschlüsselt“.

4) In dem hier gemeinten lehrbuchtheoretischen Sinne — wie z. B. bei Haslinger, F., Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, 2. Auflage, München 1982, S. 31 — gibt es ein Produktionskonto Staat auch in der VGR-Veröffentlichung des Statistischen Bundesamtes nicht, weil dort ein für alle Sektoren zusammengefaßtes Güterkonto ausgewiesen wird

Umverteilungsrechnung

Die Transaktionen der Sozialversicherung sind von so großer Bedeutung, daß sie nach internationalem Standard gesondert auch in der Umverteilungsrechnung der VGR nachgewiesen werden. Die Umverteilungsrechnung hat zum Ziel, die verfügbaren Einkommen der am Wirtschaftsprozess beteiligten inländischen Sektoren nachzuweisen. Im Vordergrund stehen dabei die privaten Haushalte. Auf sie entfielen 1985 im Bundesgebiet 72 % aller verfügbaren Einkommen. Daß auch der Staat ein laut VGR-Terminologie verfügbares Einkom-

men von 1985 etwa 400 Mrd. DM hat, tritt gegenüber gebräuchlicheren Größen wie Staatsausgaben und Staatsverbrauch weniger in Erscheinung. Noch weniger Gegenstand von Analysen ist das verfügbare Einkommen der Unternehmen, denn in dessen Berechnung gehen nur diejenigen Unternehmen mit ihren unverteilten Gewinnen ein, die eine eigene Rechtspersönlichkeit haben (AG, GmbH usw.).

Die Umverteilungsrechnung für die Länder beschränkt sich auf den Nachweis für die privaten Haushalte, der erfolgt außerdem in wesentlich stärkerer Aggregation.

Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte¹ 1984

	Bundes- gebiet ²	Schleswig Holstein
	Milliarden DM	
Bruttoerwerbs- und Vermögenseinkommen	1 324	
- Geleistete Vermögenseinkommen an Unternehmen (Zinsen auf Konsumentenschulden)		
= Anteil der privaten Haushalte am Volkseinkommen	1 306	52,5
- Direkte Steuern ³	178	6,9
- Sozialbeiträge (tatsächlich und unterstellt) darunter	339	16,2
an Gebietskörperschaften	21	12,7
an die Sozialversicherung	283	
an private Haushalte ¹	4	
- Soziale Leistungen ⁴ an private Haushalte ¹	2	
- Nettoprämien für Schadenversicherungen	35	
- Übrige geleistete laufende Übertragungen	21	
+ Empfangene Sozialbeiträge (unterstellt) von privaten Haushalten ¹	4	15,4
+ Empfangene Sozialleistungen ⁴ darunter	314	12,6
von Gebietskörperschaften	78	
von der Sozialversicherung	211	
von privaten Haushalten ¹	2	
+ Schadenversicherungsleistungen	35	
+ Übrige empfangene laufende Übertragungen	11	
= Verfügbares Einkommen	1 094	44,9

1) einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck; eingeschlossen sind auch die Vorgänge, die sich auf Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit beziehen.

Die Leistungen unterstellter Sozialbeiträge von privaten Haushalten an private Organisationen ohne Erwerbszweck und in gleicher Höhe umgekehrt werden durch die Zusammenfassung beider (Teil-) Sektoren buchungstechnisch eigentlich aufgehoben (Konsolidierung). Hier aber werden diese Transfers „brutto“ nachgewiesen, damit ihre Größenordnung erkennbar bleibt. Analoges gilt für die sozialen Geldleistungen der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck an die privaten Haushalte

2) einschließlich Berlin (West)

3) ohne Lohnsteuer auf Pensionen und vor Abzug der Arbeitnehmersparzulage

4) Nur Geldleistungen, und zwar „netto“, d. h. nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen und der Sozialbeiträge für Empfänger sozialer Leistungen einschließlich deren Eigenbeiträge

1986 wurden 24 693 Kinder lebend geboren. Von ihnen und den Lebendgeborenen des Vorjahres starben 1986 192 Kinder vor Vollendung des ersten Lebensjahres, woraus sich eine Säuglingssterblichkeit von 7,8 je 1 000 Lebendgeborenen errechnet. 105 Kinder kamen tot zur Welt.

Von den 24 798 Lebend- und Totgeborenen stammen 24 244 aus Einzelgeburten und 554 oder 2,2% aus Mehrlingsgeburten. 12% aller Kinder wurden nichtehelich geboren.

Das Geburtsgewicht der Geborenen, worunter hier und im Folgenden nur die Einzelgeburten verstanden sein sollen, streut über einen weiten Bereich. Die Wahrscheinlichkeit, ein Kind mit extremem Geburtsgewicht zu bekommen, ist andererseits recht gering. Sieben Zehntel aller 1986 geborenen Jungen und Mädchen wogen zwischen 3 000 und 4 000 g. Am häufigsten waren bei den Jungen Geburtsgewichte um 3 570 g, dem Mittelwert. Die Graphen für Jungen und

Die Säuglinge und ihr Geburtsgewicht 1986

Mädchen ähneln sich sehr, wegen des im Durchschnitt leichteren Gewichts der Mädchen (3 360 g) ist ihre Kurve jedoch etwas nach links versetzt.

So wie die meisten Geborenen zwischen 3 000 und 4 000 g wiegen, weisen sieben Zehntel aller Neugeborenen des Jahres 1986 eine Körperlänge zwischen 50 und 55 cm auf. Auf die angrenzenden Gruppen der kleineren und größeren Kinder entfallen zusammen rund ein Viertel aller Neugeborenen. Doppelt so viele Jungen wie Mädchen sind über 55 cm lang. Daraus erklärt sich u. a. auch das höhere Durchschnittsgewicht der Jungen. Im Mittel (Medianwert) sind die Jungen bei der Geburt 0,5 cm größer als die Mädchen.

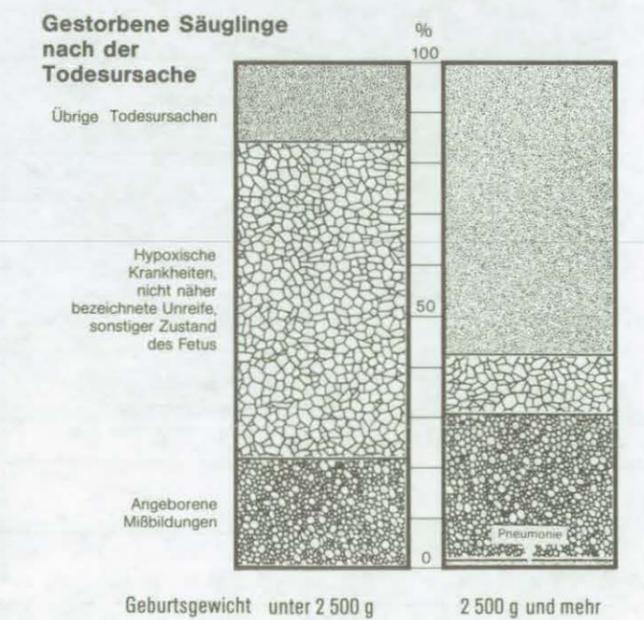
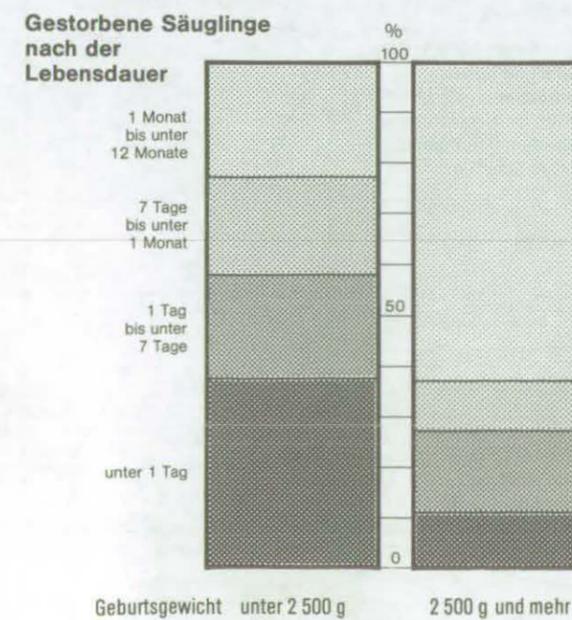
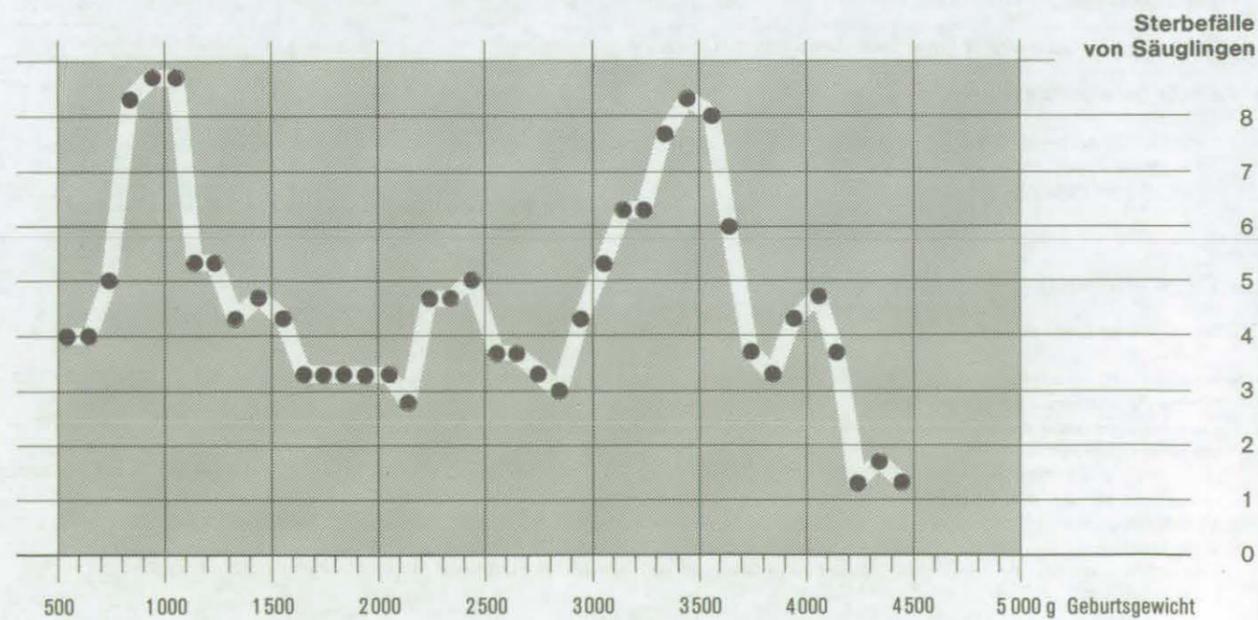
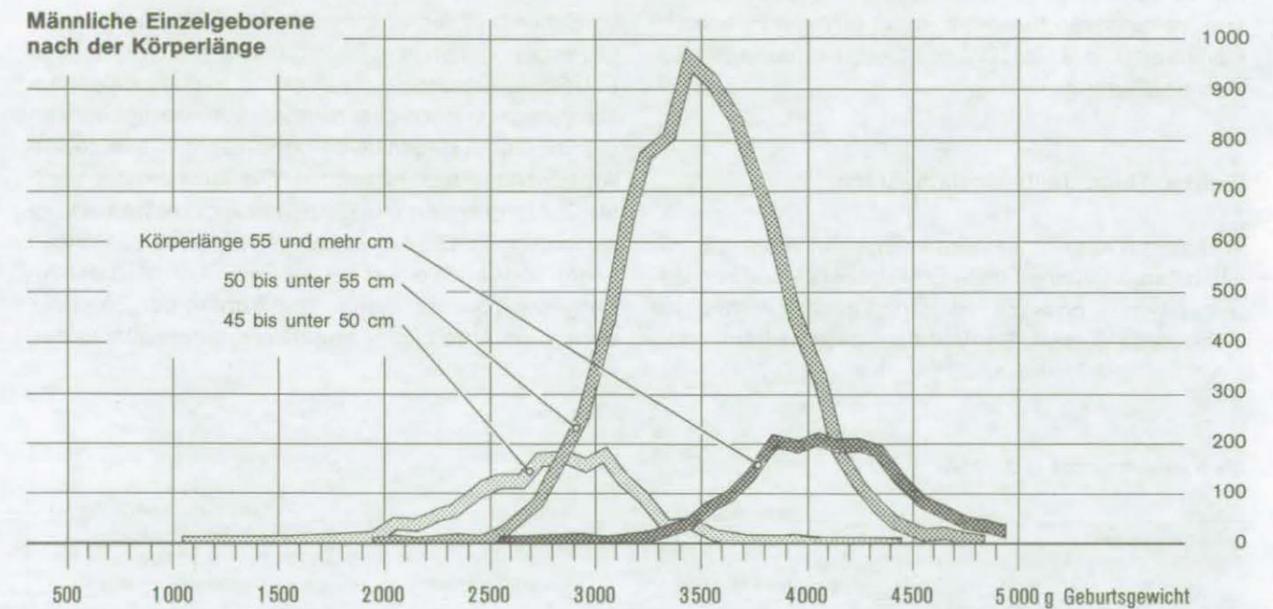
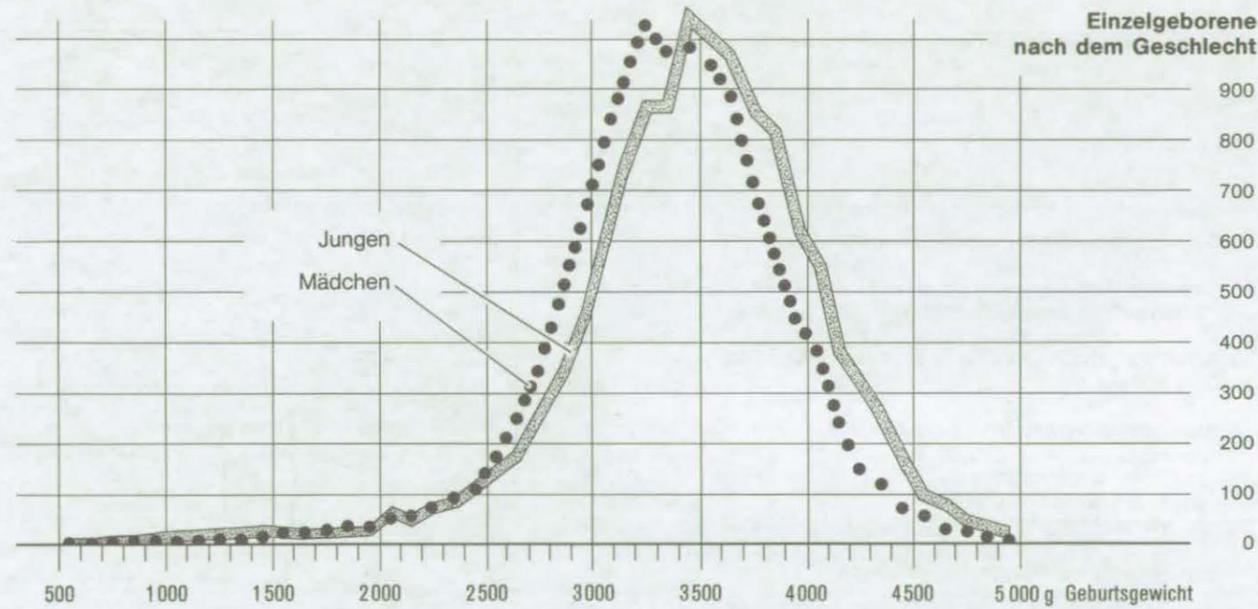
Die nach dem Geburtsgewicht geordneten Säuglingssterbefälle des Jahres 1986 – die Beschränkung auf Einzelgeburten wird ab jetzt fallengelassen – ergeben einen Kurvenzug mit zwei ausgeprägten Gipfeln. Es starben, wie die Grafik zeigt, vor allem Säuglinge mit niedrigem Gewicht. Da nur wenige Säuglinge mit solchem Gewicht geboren werden, muß deren Sterblichkeit sehr hoch sein.

Die Niedriggewichtigen haben nicht nur die geringste Überlebenschance; sterben sie als Säugling, so ist ihre Lebensspanne auch erheblich kürzer als die der schwereren Säuglinge, die kein Jahr alt wurden. Fast vier Zehntel der Kinder mit einem Geburtsgewicht unter 2 500 g, die als Säugling starben, wurden keine

24 Stunden alt, fast sechs Zehntel keine 7 Tage. Von den im Säuglingsalter gestorbenen Kindern mit mindestens 2 500 g Geburtsgewicht wurden über sechs Zehntel immerhin älter als vier Wochen.

Von den Säuglingen unter fünf Pfund Geburtsgewicht, die das erste Lebensjahr nicht vollendeten, starb mehr als jeder zweite an einer hypoxischen Krankheit, wegen nicht näher bezeichneter Unreife und sonstiger Zustände des Fetus. Unter den Begriff Hypoxie fallen die verschiedenen Formen von Sauerstoffmangel in Geweben; die Säuglinge starben vor allem an schweren Atemstörungen. Die zweithäufigste Todesursache ist eine angeborene Mißbildung. An ihr starben ein Fünftel der Säuglinge unter fünf Pfund Geburtsgewicht. Von den schwereren Säuglingen, die vor Vollendung des ersten Lebensjahres starben, erlagen dagegen nur 12% einer hypoxischen Krankheit, und für drei von zehn führte eine angeborene Mißbildung zum Tod.

Grafik des Monats März 1986 D 5656 Stat. L.A. S-H



Im Rechenschema für das verfügbare Einkommen sind für die schleswig-holsteinischen privaten Haushalte entsprechende Zusammenfassungen nötig, die auch die Sozialbeiträge an die Sozialversicherung und umgekehrt deren Leistungen betreffen.

Unterstellt man aber für die Zusammenfassung Staat dasselbe Verteilungsverhältnis Gebietskörperschaften zu Sozialversicherung wie beim Bund, dann läßt sich auch für Schleswig-Holstein die Größenordnung abgreifen, die die Sozialversicherung in der Umverteilung der Einkommen hat: Von den 52,5 Mrd. DM Volkseinkommensanteil der privaten Haushalte waren fast 12 Mrd. DM als Beiträge an die Sozialversicherung abzuführen. Vom verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte stammten über 9 Mrd. DM aus Geldleistungen der Sozialversicherung.

Exkurs: Unterstellte Sozialbeiträge

Was vom Staat — zu einem kleinen Teil auch von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck und von Unternehmen — an Sozialleistungen gezahlt wird, ist im Schema dargestellt. Der Vollständigkeit halber ist dort

als möglicher Zahler auch das Ausland mit aufgeführt, ohne daß dessen Leistungen näher spezifiziert sind. Es handelt sich um Einkommensumverteilungsvorgänge, also um Geldzahlungen. Die sozialen Sachleistungen wie Medikamentenverbrauch, Arztkosten-erstattung u. ä. zählen ja — wie bereits dargelegt — zum Staatsverbrauch.

Ein großer Teil der Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Kindergeld u.a.m. wird weder aus tatsächlichen noch aus unterstellten Sozialbeiträgen, sondern aus Steuermitteln „finanziert“ und in der VGR als Transfer der Gebietskörperschaften an die privaten Haushalte gebucht.

Im Schema ist ferner unterschieden zwischen Sozialleistungen, denen eine Beitragszahlung zugrunde liegt, und Sozialleistungen, die direkt, d. h. ohne Zwischenschaltung von Beitragszahlungen, von Arbeitgebern an die von ihnen gegenwärtig oder früher beschäftigten Arbeitnehmer gezahlt werden. Die Tatsache der direkten Zahlung ändert nichts an ihrer Eigenschaft als Sozialleistungen. Die Aufwendungen für diese Leistungen bilden aber auch einen Teil der Personalkosten des Arbeitgebers, sie rechnen in den Konten der Bereiche, denen die Arbeitgeber angehören, einerseits zu den

Die Sozialleistungen in der VGR

Zahler der Sozialleistung	Zusammenhang mit ... Sozialbeiträgen		Ohne Zusammenhang mit Sozialbeiträgen (sonstige Sozialleistungen)
	tatsächlichen	unterstellten	
Gebietskörperschaften			Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Kindergeld, Kriegsopfervers. u.a.m.
Sozialversicherung	Geldleistungen der Sozialversicherung	Pensionen an frühere Beamte und deren Hinterbliebene (einschl. Beihilfen im Krankheitsfall); Beihilfen im Krankheitsfall an aktive Beamte	
Öffentliche Unternehmen (Bahn, Post u.a.)			
Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Kirchen u.a.)			
Unternehmen	Leistungen aus Pensionskassen und Versorgungswerken	Ruhegelder an frühere Mitarbeiter und deren Hinterbliebene	
mit eigene(r) Rechtspersönlichkeit			
ohne			
Ausland			

Einkommen aus unselbständiger Arbeit und andererseits und in nahezu gleicher Höhe zu den geleisteten Übertragungen an private Haushalte. Den (tatsächlich) geleisteten Übertragungen stehen in der Einkommensumverteilung des Arbeitgebersektors zum Ausgleich die unterstellten Sozialbeiträge als eine von den privaten Haushalten geleistete Transferzahlung gegenüber. Beide Transferströme unterscheiden sich lediglich um die Nettozuführungen der Arbeitgeber zu Rückstellungen für zukünftig fällig werdende Zahlungen.

Dieser unterstellte Kreislauf entspricht insofern dem der tatsächlichen Sozialbeiträge der Arbeitgeber, als die Konten des Sektors private Haushalte durchlaufen werden, so daß sie buchungsmäßig von diesen bezahlt werden. Aber nur im Falle der tatsächlichen Sozialbeiträge zahlen die privaten Haushalte an die Sozialversicherung, die unterstellten Sozialbeiträge gehen von den privaten Haushalten an die Gebietskörperschaften, an die Kirchen usw. Die unterstellten Sozialbeiträge wie auch die Pensionen usw. berühren den Teilsektor Sozialversicherung nur insoweit, als es auch dort Beamte gibt, für die Beihilfen im Krankheitsfall und Pensionen gezahlt werden müssen.

Exkurs: Versicherungsunternehmen

Die privaten Versicherer werden in der VGR in zwei Kategorien der versicherten Risiken getrennt: in die Schadenversicherungen einerseits und die Lebensversicherungen andererseits. Auf das aktive und passive Rückversicherungsgeschäft, das eigentlich eine weitere Kategorie bildet, sei hier nicht näher eingegangen.

Die Schadenversicherer decken die Risiken des Unfalls, der Krankheit, des Feuers usw. ab. Die Prämienzahlungen der Versicherungsnehmer werden gedanklich in zwei Komponenten zerlegt: Ein Teil deckt die Dienstleistung der Versicherung ab, er ist auch ihr Produktionswert. Der übrige Teil ist das Äquivalent des Schadensrisikos (Nettoprämie). Es wird unterstellt, daß

das Schadensrisiko so hoch zu veranschlagen ist wie die in derselben Periode gezahlten Schadensregulierungen. Daß die Nettoprämien und die Schadensleistungen — beide werden ausschließlich als laufende Übertragung gebucht — nicht völlig identisch sind, liegt daran, daß auch versicherungstechnische Besonderheiten wie Rückversicherungsprämien u.a.m. zu berücksichtigen sind. Die Differenz zwischen Brutto- und Nettoprämie wird nicht als laufende Übertragung verbucht, sondern ist als Dienstleistung der Versicherer im Falle der privaten Haushalte privater Konsum, im Falle der Unternehmen oder des Staates als Versicherungsnehmer Vorleistungsverzehr.

Bei den Lebensversicherern kann nicht davon ausgegangen werden, daß das auf die eingezahlten Beiträge entfallende Risikoäquivalent den von der Versicherung an die Versicherungsnehmer im selben Jahr ausgezahlten Beträgen gleich ist. Hier kommt ein Sparelement zum Tragen, das sich in der Bildung einer Vermögensreserve beim Versicherer ausprägt. Die Prämienmarge für die Dienstleistung der Lebensversicherer ist der Überschuß der Prämienleistungen über die Summe aus Auszahlungen und Nettozuführung zu diesen Reserven. Sie ist, wie die Dienstleistungsmarge der Schadenversicherer, ein Gegenwert von Diensten, in diesem Falle ausschließlich privater Verbrauch. Die Nettoprämien für die Lebensversicherungen werden abzüglich der gezahlten Leistungen gebucht, und zwar nicht als laufende Übertragung, sondern als Forderungszuwachs der Versicherungsnehmer gegenüber den Versicherungsunternehmen. Sie sind quasi eine Einlage der Versicherungsnehmer bei den Lebensversicherern. In der Einkommensverwendung der privaten Haushalte zählt dieser Betrag — mit möglicherweise auch negativerem Vorzeichen — zu ihrer Ersparnis, ihr Finanzierungssaldo ist entsprechend höher (niedriger). Bei den Lebensversicherern findet in gleicher Höhe nur eine Kontoverlängerung (möglicherweise auch -verkürzung) des Finanzierungskontos statt, ohne daß Ersparnis und Finanzierungssaldo berührt werden.

Bernd Struck

Das Bauhauptgewerbe im Wandel

Der Personalabbau in der Bauwirtschaft hält an, wenn auch in einem weitaus geringeren Maße als in vorangegangenen Jahren. Die jährlich zum 30. Juni durchzuführende Befragung aller Betriebe im Bauhauptgewerbe (Totalerhebung) ergab, daß Mitte 1987 41 152 Personen beschäftigt waren. Gegenüber dem Vorjahr sind das zwar nur 0,4 % Beschäftigte weniger, doch wegen der stark negativen Entwicklung früherer Jahre reichte dieser Rückgang aus, für das Bauhauptgewerbe Schleswig-Holsteins den niedrigsten Beschäftigtenstand seit 1949 zu markieren.

Will man dem Negativrekord den Nachkriegshöchststand gegenüberstellen, muß man in der Statistik 24 Jahre zurückblicken. 1963 zählte die Totalerhebung 70 728 Personen im Bauhauptgewerbe. Gemessen an diesem Rekordergebnis war die Zahl der Ende Juni 1987 besetzten Arbeitsplätze um 42 % geringer. Die-

ser tiefgreifende Personalabbau vollzog sich nicht kontinuierlich, sondern vor allem durch vereinzelte Einbrüche, denen auch Jahre mit zunehmenden Beschäftigtenzahlen folgten.

Den ersten gravierenden Personalabbau nach Jahren des Wiederaufbaus erlebte Schleswig-Holsteins Bauwirtschaft im Rezessionsjahr 1967, als sich die Betriebe gezwungen sahen, gegenüber dem Vorjahr den Personalbestand um fast 10 % auf knapp 62 000 Beschäftigte zu reduzieren. In den folgenden Jahren stieg die Nachfrage nach Bauleistungen wieder und damit auch die Bereitschaft der Bauwirtschaft, zusätzliche Arbeitsplätze einzurichten. Die Zuwachsraten der Beschäftigtenzahl fielen zwar in den einzelnen Jahren bescheiden aus, sie genügten aber, den Personalbestand 1971 mit gut 64 000 Personen deutlich über den Bestand von 1967 anzuheben.

Die Lage im Bauhauptgewerbe schien relativ stabil zu sein, ein längerfristiges Beschäftigtenniveau um etwa 63 000 Personen lag im Bereich des Möglichen. Diese günstige Einschätzung wurde sieben Jahre nach dem Rezessionsjahr 1967 durch eine erneute Baukrise erschüttert, in deren Folge 1974 und 1975 der Personalbestand um jeweils rund 9 % zurückging. Mit knapp 52 000 Beschäftigten meldete das Bauhauptgewerbe 1975 das geringste Ergebnis seit über 20 Jahren. Wie nach dem kräftigen Einbruch des Beschäftigtenstandes im Jahre 1967 verbesserte sich die Arbeitsmarktlage im Bauhauptgewerbe auch in den Folgejahren nach der zweiten großen Krise. Trotz relativ starker Zuwächse am Ende der 70er Jahre erreichten die Beschäftigtenzahlen aber bei weitem nicht die Werte von vor 10 Jahren und früher. Als 1980 die Totalerhebung einen Beschäftigtenstand von fast 58 000 Personen feststellte, war damit nicht nur das Ende der positiven Entwicklung nach der Rezession 1974/75 erreicht, sondern auch der Beginn eines Schrumpfungsprozesses markiert, der in seinen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt den Personalabbau früherer Jahre übertraf und bis heute andauert. Mit 41 152 Personen lag das Beschäftigtenniveau 1987 um 29 % unter dem Bestand von 1980, wobei die umfangreichsten Entlassungen 1982 (- 9 %) und vor allem 1985 (- 13 %) vorgenommen wurden.

Bemerkenswert ist, daß der innerhalb von 24 Jahren vollzogene Personalabbau in Höhe von 42 % von einer Zunahme der Betriebe im Bauhauptgewerbe be-

Beschäftigte im Bauhauptgewerbe

am 30. Juni	Beschäftigte	Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
1950	46 825	X
1955	58 547	X
1960	63 935	X
1963	70 728	X
1964	70 651	- 0,1
1965	70 015	- 0,9
1966	68 410	- 2,3
1967	61 711	- 9,8
1968	62 579	+ 1,4
1969	63 469	+ 1,4
1970	63 778	+ 0,5
1971	64 161	+ 0,6
1972	62 777	- 2,2
1973	62 792	+ 0,0
1974	56 886	- 9,4
1975	51 972	- 8,6
1976	54 398	+ 4,7
1977	53 407	- 1,8
1978	55 650	+ 4,2
1979	57 591	+ 3,5
1980	57 886	+ 0,5
1981	55 343	- 4,4
1982	50 132	- 9,4
1983	50 252	+ 0,2
1984	48 607	- 3,3
1985	42 130	- 13,3
1986	41 318	- 1,9
1987	41 152	- 0,4

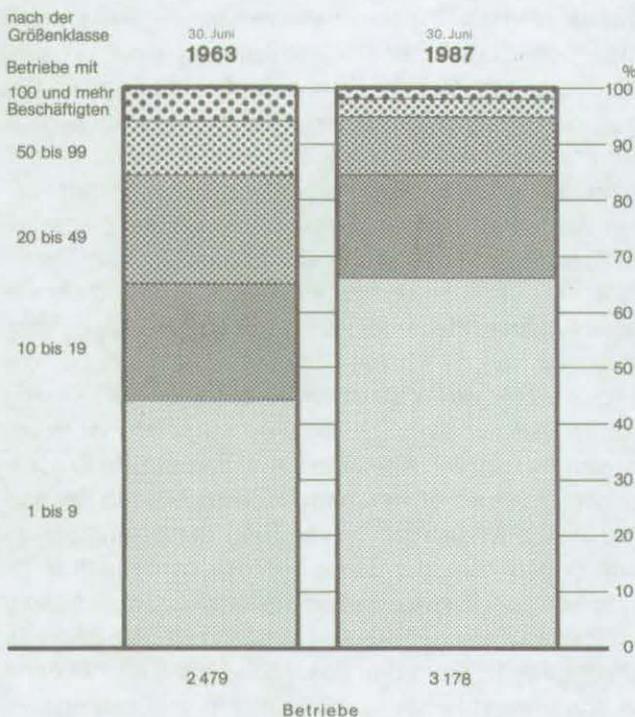
gleitet war. Am 30. Juni 1963 zählte man 2 479 Betriebe, am gleichen Stichtag im Jahre 1987 3 178 Einheiten, was einem Zugang von 28 % entspricht. Daraus folgt, daß die Zahl kleiner Betriebe zugenommen hat und damit die Betriebsgrößenstruktur heute noch stärker durch Kleinbetriebe geprägt wird als früher. Gegenüber 1963 stieg die Zahl der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten um gut 90 % auf 2 101 Einheiten, was den Anteil kleiner Produktionsstätten um 22 Punkte auf 66 % erhöhte. Das erinnert an die Betriebsgrößenstruktur der Wiederaufbauzeiten nach dem Zweiten Weltkrieg, als z. B. 1950 der Anteil kleiner Betriebe 70 % betrug. Relativ konstant blieb die Quote der Baubetriebe, die 10 bis 19 Personen beschäftigen. 1963 zählten dazu 21 %, 1987 19 % aller durch die Totalerhebung erfaßten Produktionseinheiten. Durch die anhaltende Rezession in der Bauwirtschaft ist vor allem die Zahl der mittleren Unternehmen zurückgegangen. Sie paßten sich über Entlassungen der schmaler gewordenen Auftragslage an und kamen so in die Kategorie der Kleinbetriebe. Zu diesen Betriebseinheiten mit 20 bis 99 Beschäftigten gehörten 1987 435 Einheiten oder 14 % aller Produktionsstätten im Bauhauptgewerbe, das sind 15 Punkte weniger als vor 24 Jahren. Großbetriebe, also solche mit mehr als 100 Mitarbeitern, hatten wegen der schwachen Baukonjunktur ebenfalls ihren Personalbestand zu reduzieren. Ihr Anteil fiel von 6 % auf 2 %.

Die Entwicklung zu mehr Kleinbetrieben vollzog sich von 1963 bis Ende der 70er Jahre in kontinuierlichen kleinen Schritten. Auch in den Rezessionsjahren 1967 und 1974/75 konnte keine Beschleunigung des Strukturwandels beobachtet werden. 1979 betrug der Anteil der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten 50 % und damit nur 6 Punkte mehr als 16 Jahre vorher. Die einschneidenden Veränderungen hinsichtlich der Betriebsgrößenstruktur setzten zu Beginn der 80er Jahre im Rahmen des personellen Schrumpfungsprozesses ein. Innerhalb von 7 Jahren stieg 1987 die Quote der Produktionsstätten mit weniger als 10 Beschäftigten um 14 Punkte auf 66 %.

Die Zahl der Kleinbetriebe stieg im Zuge der anhaltenden Rezession, weil mittlere und Großbetriebe ihre Belegschaft auf ein der rückläufigen Auftragslage entsprechendes Maß reduzieren mußten. Allerdings gelang es nicht immer, über den Anpassungsprozeß die Existenz des Betriebes zu sichern. Die Insolvenzenstatistik zeigt für das Bauhauptgewerbe, daß in der Zeit zwischen 1963 und 1979 die Zahl der jährlichen Insolvenzen nur in dem Krisenjahr 1974/75 über 50 und sogar noch 1979 mit 32 Fällen unter diesem Wert lag. Ab 1980 stiegen mit den verstärkt einsetzenden Entlassungen die Konkurs- und Vergleichsfälle deutlich über 100 und erreichten im Jahre 1985 mit 147 Insolvenzen den bisher höchsten Wert. Eine Aussage über die Größe der aufgegebenen Betriebe läßt die Insolvenzenstatistik nicht zu.

D 5657 Stat. LA S-H

Betriebe im Bauhauptgewerbe



Mit Hilfe der Totalerhebung können die jährlichen Ab- und Zugänge der Betriebe nach Größenklassen aufgezeigt werden. Dabei ist die Zahl der Abgänge nicht mit der Zahl der Insolvenzen gleichzusetzen, da als Abgänge auch die Betriebe einbezogen sind, die mit anderen Einheiten fusionieren, in andere Wirtschaftsbereiche wechseln oder vorübergehend ihre wirtschaftliche Aktivität einstellen. Nehmen diese ruhenden Betriebe die Produktion wieder auf, werden sie zusammen mit echten Neugründungen als Zugänge ausgewiesen. Am Beispiel der letzten Totalerhebung kann die hohe Fluktuation im Bereich der kleinen Betriebe aufgezeigt und der Nachweis erbracht werden, daß die Zahl der kleinen Betriebe auch durch Neugründungen gestiegen ist. Vermutlich wagen ehemalige Erwerbstätige trotz der scharfen Wettbewerbssituation die unternehmerische Selbständigkeit in der Bauwirtschaft und nehmen es auch in Kauf, diese wieder aufgeben zu müssen. Von den 368 Zugängen an Betrieben, die am 30. Juni 1987 registriert wurden, gehörten 91 % zu den Betrieben mit weniger als 10 Beschäftigten und immerhin 38 % zu sog. Alleinunternehmern, d. h. Betrieben mit einem Beschäftigten. Als Abgänge zählte die Total-

erhebung 318 Betriebe, darunter 86 % Einheiten mit 1 bis 9 Beschäftigten und 37 % Alleinunternehmer. Saldiert ergeben sich im Bereich der Betriebe mit weniger als 10 Beschäftigten 63 Zugänge, während die Produktionsstätten mit mehr als 9 Beschäftigten 13 Abgänge verzeichneten. Inwieweit die Tendenz zu kleinen Betriebseinheiten dadurch gefördert wird, daß Teilleistungen von Subunternehmern, und zwar in vielen Fällen von Alleinunternehmern, durchgeführt werden, kann der Merkmalskatalog der Totalerhebung nicht aufzeigen.

Die Betriebe des Bauhauptgewerbes gliedern sich nach dem Schwerpunkt ihrer wirtschaftlichen Tätigkeit entsprechend der Systematik im produzierenden Gewerbe in 22 Wirtschaftszweige. Die weitaus meisten Betriebe waren auch 1987 im Hochbau einschließlich des Fertigteilbaus tätig. Von den 3 178 Produktionsstätten zählten 43 % zu diesem Wirtschaftszweig, das sind 4 Punkte weniger als zum Zeitpunkt der Totalerhebung 1963, die 2 479 Einheiten registrierte. Der Tiefbau meldete 16 % aller Betriebe und damit 2 Prozentpunkte mehr als vor 24 Jahren. Unberücksichtigt bleiben an dieser Stelle die Betriebe, die ohne ausgeprägten Schwerpunkt im Hoch- und Tiefbau tätig sind. Zurückgegangen sind die Anteile von Betrieben der Zimmerei sowie der Dachdeckerei, nämlich von 19 % auf 11 % und von 11 % auf 8 %. Stark an Bedeutung gewonnen haben dagegen die Produktionsstätten im Spezialbau, die 1987 einen Anteil von 12 % aufwiesen, die Betriebe in den Wirtschaftszweigen Stukkateurgewerbe, Gipserei, Verputzerei (7 %) und die Betriebe im Wirtschaftszweig Gerüstbau, Fassadenreinigung (2 %). Diese Fachgruppen spielten zu Zeiten des Beschäftigtenbooms keine Rolle, lediglich im Spezialbau wurde 1963 ein Anteilswert von 2 % registriert. Die Zunahme der Betriebe vor allem im Spezialbau, worunter Tätigkeiten in der Gebäudetrocknung, Abdichtung gegen Feuchtigkeit sowie Abdämmung gegen Lärm, Kälte und Wärme zu verstehen sind, zeigt, daß im Bauhauptgewerbe verstärkt die Pflege von Bausubstanz neben die Produktion von Neubauten getreten ist. Da die Bestandspflege überwiegend durch kleine Betriebe ausgeführt wird, liegt in dieser zusätzlichen Aufgabenstellung der Bauwirtschaft ein weiterer Grund für das Ansteigen der kleinen Betriebseinheiten und damit auch der Zahl der Betriebe insgesamt. 92 % der rd. 660 Betriebe in den drei vorher genannten Wirtschaftszweigen hatten 1987 weniger als 10 Beschäftigte. Das ist deutlich mehr als der entsprechende Wert für das gesamte Bauhauptgewerbe (66 %). Überproportional hoch ist mit 74 % der Anteil kleiner Betriebe auch im Wirtschaftszweig Zimmerei geblieben, 1963 gehörten 78 % der Zimmereibetriebe dazu. Das war damals auch

etwa der Anteil der Betriebe mit 9 und weniger Beschäftigten in der Dachdeckerei, der im Laufe der Jahre allerdings auf 55 % zurückging. In den zahlenmäßig wichtigsten Wirtschaftszweigen, dem Hoch- und Tiefbau haben dagegen die Anteile kleiner Betriebe deutlich zugenommen, und zwar im Hochbau um 31 Prozentpunkte auf 63 % und im Tiefbau um 21 Punkte auf 46 %.

Entsprechend der veränderten Betriebsgrößenstruktur stieg auch der Anteil der Beschäftigten in kleinen Betrieben. 1987 waren von den 41 152 im Bauhauptgewerbe tätigen Personen 19 % in Betrieben mit 9 und weniger Personen beschäftigt. Der Beschäftigtenanteil in kleinen Betrieben beträgt sogar knapp 40 %, wenn man zu diesen Produktionseinheiten auch die Betriebe mit 10 bis 19 Beschäftigten rechnet. So definiert machte die Belegschaft in kleinen Produktionsstätten 1963 einen Anteil von 17 % aus, wobei sich die Beschäftigtenquote in Betrieben mit weniger als 10 Personen auf 7 % belief. In Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten hatten zu Zeiten des Baubooms knapp 40 % der 70 728 Beschäftigten ihren Arbeitsplatz, 1987 hatte sich dieser Anteilswert halbiert. Relativ gleich hoch ist die Belegschaft in Betrieben mit 20 bis 99 Beschäftigten geblieben. 1963 arbeiteten dort 44 % der im Bauhauptgewerbe Tätigen, 1987 waren es 41 %.

Unverändert hoch sind die Beschäftigtenanteile in den beiden bedeutendsten Wirtschaftszweigen. 1963 wie auch 1987 betrug die Beschäftigtenquote im Hochbau 44 % und im Tiefbau 31 %. Wegen der überwiegend kleinbetrieblichen Struktur der übrigen Wirtschaftszweige sind dort die Beschäftigtenanteile gering, wenn sie auch gegenüber 1963 gestiegen sind. In den Zimmerei- und Dachdeckereibetrieben zusammen betrug der Beschäftigtenanteil 1987 13 % und damit 6 Punkte mehr als 1963. In Betrieben, die im Zuge der Modernisierungs- und Sanierungsarbeiten in den letzten Jahren an Bedeutung gewonnen haben, arbeiten nach der Auswertung der letzten Totalerhebung 7 % aller gezählten Beschäftigten, 5 Punkte mehr als vor 24 Jahren. Bemerkenswert ist der hohe Beschäftigtenanteil von 17 %, der 1963 für die Betriebe, die schwerpunktmäßig gleich im Hoch- und Tiefbau tätig waren. Die zu dieser Zeit günstige Konjunktur im Hoch- wie im Tiefbau ließ eine branchendifferenzierte Produktionsausrüstung unter einem Dach zu. Wegen der harten Wettbewerbssituation im Zuge der Baurezession seit Beginn der 80er Jahre und des damit verbundenen Kostendrucks kam es in diesem Wirtschaftszweig zu starken Personaleinbußen, so daß 1987 der Beschäftigtenanteil in Betrieben des Hoch- und Tiefbaus ohne ausgeprägten Schwerpunkt auf 5 % zurückging.

Trotz des zurückgegangenen Anteils der Beschäftigten im Hoch- und Tiefbau ohne ausgeprägten Schwerpunkt ist dieser Wirtschaftszweig weiterhin durch einen überproportional hohen Beschäftigtenanteil in Großbetrieben geprägt. 1987 arbeiteten 56 % der im diesem Wirtschaftszweig beschäftigten Personen in Betrieben mit 100 und mehr Beschäftigten, 1983 sogar 61 %. Zu dieser Zeit hatte der Tiefbau einen ähnlich hohen Beschäftigtenanteil in großen Betriebseinheiten, der allerdings im Laufe der Jahre von 57 % auf 32 % zurückging. Ebenfalls rückläufig ist die Bedeutung der Großbetriebe im Hochbau, hier fiel der entsprechende Beschäftigtenanteil um 8 Punkte auf 14 % im Jahre 1987. Schon diese Zahlen zeigen den Trend zu kleineren Betriebseinheiten auch in den beiden beschäftigungsintensivsten Wirtschaftszweigen des Bauhauptgewerbes. 1963 arbeiteten im Hochbau 6 %, im Tiefbau 2 % der jeweils dort beschäftigten Belegschaft in Betrieben mit weniger als 10 Personen. 1987 stiegen diese Anteile im Hochbau auf 20 %, im Tiefbau auf 7 %. Im gleichen Zeitraum nahmen die Beschäftigtenanteile in Betrieben mit 10 bis 19 Personen im Hochbau um 8 Punkte auf 22 %, im Tiefbau um 7 Punkte auf 10 % zu. Betriebe mit 20 bis 49 Personen sind mit einem Beschäftigtenanteil von 27 % weiterhin die bevorzugte Betriebsgröße im Hochbau, auch wenn 1963 diese Quote um 5 Punkte größer war. Neben den Großbetrieben hat diese betriebliche Größenordnung mit einem Anteilwert von 30 % auch im Tiefbau an Bedeutung gewonnen.

Erwartungsgemäß hoch ist wegen der kleinbetrieblichen Struktur im Spezialbau, Gerüstbau/Fassadenreinigung und Stukkateurgewerbe einschließlich Gipserei und Verputzerei der Anteil der Beschäftigten in Betrie-

ben mit weniger als 10 Personen. 1987 betrug er im Stukkateurgewerbe 82 %, im Spezialbau 47 % und im Gerüstbau/Fassadenreinigung 42 %. Die speziellen Tätigkeiten in der Gebäudetrocknung, Abdichtung gegen Feuchtigkeiten sowie Abdämmung gegen Lärm, Kälte und Wärme können aber auch Arbeitsplätze in größeren Betrieben erforderlich machen. Immerhin waren im letzten Jahr 10 % der im Spezialbau Beschäftigten in Betrieben mit 100 und mehr Personen tätig, 18 % in Betrieben mit 50 bis 99 Personen und genau so viele in Betrieben mit 10 bis 19 Personen. Diese Betriebsgröße hat im Gerüstbau/Fassadenreinigung mit 42 % den gleich hohen Beschäftigtenanteil wie die Betriebe mit weniger als 10 Personen in diesem Wirtschaftszweig. Bemerkenswert ist, daß 23 % der im Stukkateurgewerbe einschließlich Gipserei und Verputzerei Beschäftigten dieses Gewerbe 1987 als Alleinunternehmer betrieben. Entsprechend der rückläufigen Zahl von Kleinbetrieben in der Zimmerei und Dachdeckerei reduzierten sich auch deren Beschäftigtenanteile.

In der Zimmerei ging die Quote um 6 Punkte auf 40 % zurück, während der Beschäftigtenanteil in Betrieben mit 10 bis 19 Beschäftigten mit 36 % in etwa gleich blieb. Für diesen Betriebstyp meldete die Dachdeckerei einen Anteil von 49 %, das sind 14 Punkte mehr als 1963. Deutlich zurückgegangen sind dagegen die Beschäftigten in Betrieben mit 9 und weniger Personen, nämlich um 17 Punkte auf 29 %. Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten gab es 1987 in der Dachdeckerei nicht, hingegen arbeiteten in der Zimmerei fast 10 % der dort tätigen Personen.

Friedrich-Karl Wormeck

Erläuterungen

Die Quelle ist nur bei Zahlen vermerkt, die nicht aus dem Statistischen Landesamt stammen.

Der Ausdruck „Kreise“ steht vereinfachend für „Kreise und kreisfreie Städte“.

Differenzen zwischen Gesamtzahl und Summe der Teilzahlen entstehen durch unabhängige Rundung; allen Rechnungen liegen die ungerundeten Zahlen zugrunde.

Bei Größenklassen bedeutet zum Beispiel „1-5“: „1 bis unter 5“.

Zahlen in () haben eingeschränkte Aussagefähigkeit.

p = vorläufige Zahl
r = berichtigte Zahl
s = geschätzte Zahl
D = Durchschnitt

Zeichen anstelle von Zahlen in Tabellen bedeuten:

- 0 = weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
- = nichts vorhanden
- = Zahlenwert unbekannt oder geheimzuhalten
- / = Zahlenwert nicht sicher genug
- X = Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
- ... = Angabe fällt später an

Aus unserem Archiv

Die Geborenen (einschl. der Totgeborenen) nach Monaten

Monat	Hzgt. Schleswig, Holstein und Lauenburg			Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920			Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936			Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937		
	1857	1858	1859	1897	1898	1899	1925	1926	1927	1963	1964	1965
Grundzahlen												
Januar	2 917	3 003	3 272	3 922	3 717	3 798	2 579	2 442	2 359	3 778	3 716	3 716
Februar	2 561	2 738	2 751	3 582	3 466	3 530	2 440	2 296	2 217	3 503	3 815	3 753
März	2 912	3 134	3 072	3 987	4 050	3 949	2 767	2 551	2 405	4 104	4 230	4 065
April	2 923	3 005	2 924	3 800	3 818	3 775	2 687	2 427	2 304	3 850	4 025	3 805
Mai	2 759	2 601	2 727	3 918	3 877	3 891	2 679	2 462	2 397	3 904	3 904	3 968
Juni	2 403	2 407	2 578	3 808	3 760	3 662	2 515	2 341	2 340	3 614	3 795	3 757
Juli	2 412	2 468	2 560	3 813	3 837	3 706	2 606	2 331	2 294	3 681	3 832	3 737
August	2 629	2 519	2 658	3 789	3 873	3 851	2 477	2 382	2 210	3 577	3 662	3 969
September	2 835	2 765	2 775	3 805	3 921	3 892	2 342	2 292	2 253	3 648	3 948	3 900
Oktober	2 851	2 864	2 793	3 682	3 848	3 838	2 340	2 287	2 102	3 519	3 521	3 460
November	2 808	2 810	2 648	3 559	3 825	3 447	2 321	2 113	1 970	3 368	3 475	3 432
Dezember	2 488	2 702	2 636	3 563	3 782	3 689	2 327	2 286	2 227	3 609	3 889	3 701
Zusammen	32 498	33 036	33 394	45 228	45 774	45 028	30 080	28 210	27 078	44 155	45 812	45 263
Verhältniszahlen ¹⁾												
Januar	8,8	8,9	9,6	8,5	8,0	8,3	8,4	8,5	8,5	8,4	8,0	8,0
Februar	8,6	9,1	8,9	8,6	8,2	8,5	8,8	8,8	8,9	8,6	8,8	9,0
März	8,8	9,3	9,0	8,6	8,7	8,6	9,0	8,9	8,7	9,1	9,1	8,8
April	9,1	9,2	8,9	8,5	8,5	8,5	9,1	8,7	8,6	8,8	8,9	8,5
Mai	8,3	7,7	8,0	8,5	8,3	8,5	8,7	8,6	8,7	8,7	8,4	8,6
Juni	7,5	7,4	7,8	8,5	8,3	8,2	8,5	8,4	8,8	8,3	8,4	8,4
Juli	7,3	7,3	7,5	8,3	8,2	8,1	8,5	8,1	8,3	8,2	8,2	8,1
August	7,9	7,5	7,8	8,2	8,3	8,4	8,1	8,3	8,0	7,9	7,9	8,6
September	8,8	8,5	8,4	8,5	8,7	8,8	7,9	8,2	8,4	8,4	8,8	8,7
Oktober	8,6	8,5	8,2	8,0	8,2	8,4	7,6	8,0	7,6	7,8	7,6	7,5
November	8,8	8,6	8,0	8,0	8,5	7,8	7,8	7,6	7,4	7,7	7,7	7,7
Dezember	7,5	8,0	7,7	7,7	8,1	8,0	7,6	7,9	8,1	8,0	8,3	8,0
Zusammen	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100

1) Für die Berechnung wurden die Grundzahlen auf den fiktiven Wert gebracht, den sie hätten, wenn alle Jahre 365 Tage lang wären und jeder Monat ein Zwölftel davon

QUELLEN: 1857 bis 1859: Statistisk Tabelvaerk, 3. Reihe, 2. Bd. (Kopenhagen 1863)
 1897 bis 1899: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 155, 160, 164
 1925 bis 1927: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 360
 1963 bis 1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Mehrlingsgeburten und Mehrlingskinder

Jahr	Zwillingsgeburten			Drillingsgeburten			Mehrlingskinder						
	2 Knaben	1 Knabe und 1 Mädchen	2 Mädchen	3 Knaben	2 Knaben und 1 Mädchen	1 Knabe und 2 Mädchen	3 Mädchen	insgesamt (einschl. Totgeborene)		Lebendgeborene			
								Knaben	Mädchen	ehelich		unehelich	
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920													
1876	162	188	163	3	-	-	2	521	520	466		469	
1877	172	210	166	1	-	1	2	558	550	502		502	
1878	176	210	165	-	2	1	1	572	551	512		507	
1879	172	184	163	1	2	-	1	535	515	476		484	
1880	177	214	143	2	1	2	-	580	507	511		466	
1881	151	179	168	1	1	3	-	489	522	444		487	
1882	181	190	127	2	-	4	1	562	455	531		430	
1883	171	192	150	1	2	1	1	542	499	508		457	
1884	166	183	144	2	5	2	1	533	483	481		460	
1885	166	196	144	-	-	1	1	529	489	493		458	
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936													
1921	137	131	107	3	1	1	1	417	351	364	33	310	
1922	107	129	101	1	1	-	1	348	335	302	19	286	
1923	96	111	96	-	-	1	3	304	314	267	17	276	
1924	112	124	111	2	1	1	2	357	355	307	20	314	
1925	120	111	87	1	-	-	-	354	285	288	34	258	
1926	110	139	111	-	1	-	1	361	365	310	23	321	
1927	101	119	105	1	-	-	-	324	329	269	27	284	
1928	98	117	97	-	-	1	-	314	316	272	15	280	
1929	109	110	85	1	2	1	1	336	287	287	28	249	
1930	93	100	95	-	3	1	-	293	295	250	21	252	
Land Schleswig-Holstein, Gebiet ab 1. 4. 1937													
1956	114	139	119	1	1	2	-	380	376	340	21	337	
1957	146	161	120	-	-	-	2	453	407	419	22	366	
1958	135	142	101	1	1	1	1	418	350	378	28	317	
1959	154	148	133	-	4	2	3	466	431	433	21	386	
1960	146	140	124	1	2	3	2	442	402	403	19	362	
1961	152	162	134	1	1	1	2	472	439	435	22	402	
1962	157	146	131	1	1	1	2	466	417	438	13	384	
1963	170	163	174	-	-	2	-	505	515	476	15	484	
1964	190	168	144	2	-	3	4	559	475	524	16	448	
1965	148	160	166	-	-	1	2	457	500	428	16	467	

Anmerkung: Soweit feststellbar (es fehlen Angaben für die Jahre 1939 bis 1948, für Hzgt. Lauenburg auch 1868 bis 1875), gab es in Schleswig-Holstein im Zeitraum 1868 bis 1965: 5mal Vierlinge (1878, 1880, 1889, 1919, 1937), 1mal Fünflinge (1878) und 1mal "Vierlinge oder darüber" (1868, nicht genauer ausgewiesen)

QUELLEN: 1876 bis 1885: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 45, 48, 51, 56, 61, 68, 74, 79, 86, 89
 1921 bis 1930: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 307, 316, 336, 360, 393, 423
 1955 bis 1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Gestorbene nach Alter und Familienstand

Jahr	Familienstand	Geschlecht	Gestorbene (ohne Totgeborene) Insgesamt	davon waren ... Jahre alt									
				unter 15	15 bis 19	20 bis 29	30 bis 39	40 bis 49	50 bis 59	60 bis 69	70 bis 79	80 und darüber	unbe- kannt
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920													
1880	ledig	männl.	7 095	5 464	286	526	208	123	138	145	132	45	28
		weibl.	6 088	4 863	264	314	113	98	105	128	142	56	5
	verheiratet	männl.	3 527	-	1	137	402	584	701	870	650	182	-
		weibl.	2 946	-	8	297	597	493	518	594	369	70	-
	verwitwet	männl.	1 543	-	-	5	16	49	113	294	609	457	-
		weibl.	2 500	-	-	10	32	81	208	552	989	625	3
	geschieden	männl.	11	-	-	1	2	1	5	1	1	-	-
		weibl.	7	-	-	1	1	-	1	1	2	1	-
1913	ledig	männl.	5 673	3 999	257	480	192	160	180	170	157	64	14
		weibl.	4 129	3 152	216	213	80	60	70	109	152	76	1
	verheiratet	männl.	3 813	-	2	108	336	541	764	935	817	309	1
		weibl.	2 884	-	10	267	455	437	497	620	478	119	1
	verwitwet	männl.	1 726	-	-	6	12	28	92	288	674	626	-
		weibl.	2 831	-	-	9	13	52	162	511	1 067	1 017	-
	geschieden	männl.	44	-	-	-	10	12	9	9	3	1	-
		weibl.	43	-	-	1	9	11	8	4	7	3	-
Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1920 bis 1936													
1927	ledig	männl.	3 112	1 799	204	455	92	86	122	162	137	53	2
		weibl.	2 435	1 497	150	229	80	66	79	108	142	84	-
	verheiratet	männl.	3 932	-	1	98	253	482	797	1 037	933	331	-
		weibl.	2 981	-	5	178	378	417	619	709	549	126	-
	verwitwet	männl.	1 770	-	-	2	7	21	63	202	686	689	-
		weibl.	3 163	-	-	5	20	48	176	521	1 250	1 143	-
	geschieden	männl.	72	-	-	1	6	17	20	17	8	3	-
		weibl.	74	-	-	3	11	16	16	14	9	5	-
Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937													
1965	ledig	männl.	1 741	747	96	209	58	42	128	173	140	148	-
		weibl.	1 910	551	29	43	38	50	100	265	438	396	-
	verheiratet	männl.	9 236	-	-	83	180	362	1 325	2 850	2 920	1 516	-
		weibl.	4 225	-	-	66	141	249	714	1 262	1 362	431	-
	verwitwet	männl.	3 787	-	-	1	5	5	69	412	1 138	2 157	-
		weibl.	8 185	-	-	2	3	39	283	924	2 817	4 117	-
	geschieden	männl.	412	-	-	2	16	25	83	122	109	55	-
		weibl.	445	-	-	5	3	27	86	116	135	73	-

QUELLEN: 1880: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 61
1913: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 275

1927: Preuß. Statist. Landesamt, Preußische Statistik, Heft 294
1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Im 1. Lebensjahr Gestorbene nach Altersmonaten

- ohne Totgeborene -

Alter	Geschlecht	Herzogtümer Schleswig, Holstein und Lauenburg		Provinz Schleswig-Holstein, Gebiet 1876 bis 1920				Land Schleswig-Holstein, Gebiet seit 1. 4. 1937					
		1855		1880		1900		1913		1955		1965	
		Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
unter 1 Monat alt	männlich	743	38,9	1 061	32,2	1 252	30,5	1 096	36,7	448	64,8	410	79,2
	weiblich	564	38,0	720	27,5	936	29,0	811	37,0	360	66,9	285	74,0
1 bis unter 2 Monate	männl.	182	9,5	407	12,4	585	14,3	388	13,0	36	5,2	17	3,3
	weibl.	125	8,4	334	12,8	462	14,3	263	12,0	25	4,6	14	3,6
2 bis unter 3 Monate	männl.	143	7,5	324	9,8	478	11,7	309	10,4	50	7,2	16	3,1
	weibl.	119	8,0	253	9,7	323	10,0	218	9,9	40	7,4	13	3,4
3 bis unter 4 Monate	männl.			221	6,7	369	9,0	238	8,0	41	5,9	10	1,9
	weibl.			219	8,4	277	8,6	172	7,8	22	4,1	9	2,3
4 bis unter 5 Monate	männl.	m. 320	16,8	238	7,2	275	6,7	192	6,4	24	3,5	10	1,9
	weibl.	w. 269	18,1	167	6,4	220	6,8	121	5,5	22	4,1	7	1,8
5 bis unter 6 Monate	männl.			218	6,6	255	6,2	163	5,5	20	2,9	10	1,9
	weibl.			139	5,3	209	6,5	115	5,2	21	3,9	10	2,6
6 bis unter 7 Monate	männl.			185	5,6	215	5,2	130	4,4	22	3,2	10	1,9
	weibl.			145	5,5	166	5,1	111	5,1	16	3,0	6	1,6
7 bis unter 8 Monate	männl.	m. 279	14,6	128	3,9	188	4,6	97	3,2	10	1,4	10	1,9
	weibl.	w. 204	13,7	130	5,0	136	4,2	93	4,2	-	-	5	1,3
8 bis unter 9 Monate	männl.			138	4,2	130	3,2	106	3,6	11	1,6	5	1,0
	weibl.			123	4,7	136	4,2	89	4,1	9	1,7	15	3,9
9 bis unter 10 Monate	männl.			153	4,6	137	3,3	98	3,3	12	1,7	4	0,8
	weibl.			134	5,1	140	4,3	85	3,9	9	1,7	6	1,6
10 bis unter 11 Monate	männl.	m. 243	12,7	117	3,6	104	2,5	103	3,5	9	1,3	11	2,1
	weibl.	w. 205	13,8	130	5,0	117	3,6	72	3,3	6	1,1	9	2,3
11 bis unter 12 Monate	männl.			102	3,1	113	2,8	65	2,2	8	1,2	5	1,0
	weibl.			123	4,7	109	3,4	43	2,0	8	1,5	6	1,6
Insgesamt	männl.	1 910	100	3 292	100	4 101	100	2 985	100	691	100	518	100
	weibl.	1 486	100	2 617	100	3 231	100	2 193	100	538	100	385	100

QUELLEN: 1855: Statistisk Tabelværk, 3. Reihe, 2. Bd. (Kopenhagen 1863)
1880 und 1900: Königl. (Preuß.) Statist. Bureau, Preußische Statistik, Heft 63, 169

1913: Statist. Reichsamt, Stat. d. Dt. Reichs, Bd. 275
1955 und 1965: Statist. Landesamt Schleswig-Holstein

Wohnungen

Reinzugang an Wohnungen 1928 bis 1949

Jahr	Zugang ¹⁾ an Wohnungen		Jahr	Zugang ¹⁾ an Wohnungen	
	insgesamt	auf 10 000 der Bevölkerung ²⁾		insgesamt	auf 10 000 der Bevölkerung ²⁾
1928	5 127	38	1939	6 595	41
1929	5 116	38	1940	3 025	19
1930	5 185	38	1941	2 227	14
1931	3 720	26	1942	2 506	16
1932	2 254	16	1943	2 429	15
1933	3 740	26	1944	.	.
1934	6 794	48	1945	.	.
1935	6 218	44	1946	.	.
1936	7 354	46	1947	2 236	8
1937	8 211	52	1948	3 104	11
1938	8 468	53	1949	6 650	25

1) Rohzugang abzüglich Abgang durch Brand, Abbruch usw.

2) Jetziger Gebietsstand.

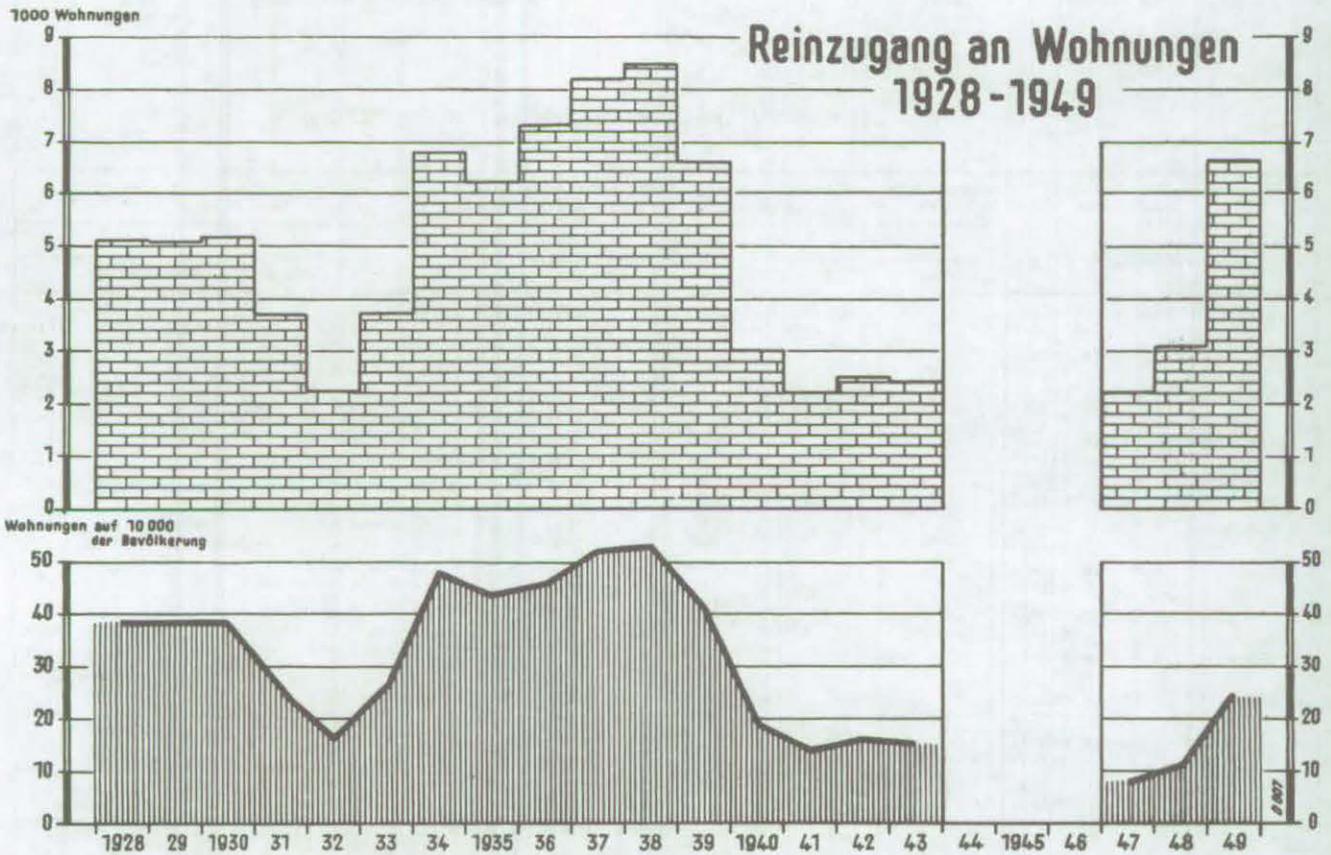
1928 bis 1930 die Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 1925

1931 bis 1935 die Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 1933

1936 bis 1943 die Wohnbevölkerung nach der Volkszählung 1939

1947 die versorgte Bevölkerung, Jahresdurchschnitt.

1948 bis 1949 die fortgeschriebene Bevölkerung ohne Ausländer in Lagern, Jahresdurchschnitt.



STATISTISCHE MONATSHEFTE SCHLESWIG-HOLSTEIN

40. Jahrgang . Heft 3 . März 1988

SCHLESWIG-HOLSTEIN IM ZAHLENSPIEGEL

MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986/87				1987/88		
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
BEVÖLKERUNG UND ERWERBSTÄTIGKEIT										
*BEVÖLKERUNG AM MONATSENDE	1 000	2 614	2 613							
NATÜRLICHE BEVÖLKERUNGSBEWEGUNG										
*Eheschließungen	Anzahl	1 254	1 303							
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		5,8	6,0							
*Lebendgeborene	Anzahl	1 925	2 058							
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		8,8	9,5							
*Gestorbene (ohne Totgeborene)	Anzahl	2 611	2 582							
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		12,0	11,9							
* darunter im ersten Lebensjahr	Anzahl	16	16							
* je 1 000 Lebendgeborene		8,3	7,8							
*Überschuß der Geborenen (+) oder Gestorbenen (-)	Anzahl	- 686	- 524							
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr		- 3,1	- 2,4							
WANDERUNGEN										
*Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	5 461	5 195							
*Über die Landesgrenze Fortgezogene	Anzahl	4 746	4 795							
*Wanderungsgewinn (+) oder -verlust (-)	Anzahl	+ 715	+ 400							
*Innerhalb des Landes Umgezogene ¹⁾	Anzahl	10 057	9 548							
Wanderungsfälle	Anzahl	20 265	19 538							
ARBEITSLAGE										
*Arbeitslose (Monatsende)	1 000	118	114	108	117	130	101	107	116	126
darunter *Männer	1 000	69	65	60	67	79	55	59	67	74
Kurzarbeiter (Monatsmitte)	1 000	11,8	10,6	11,9	14,9	20,7	6,8	8,9	10,8	14,5
darunter Männer	1 000	10,3	9,4	10,4	13,0	18,2	5,1	7,3	9,4	13,4
Offene Stellen (Monatsende)	1 000	2,9	4,3	3,7	3,6	4,2	4,8	4,2	4,2	4,9
LANDWIRTSCHAFT										
VIEHBESTAND										
*Rindvieh (einschließlich Kälber)	1 000	1 592 ^a	1 540 ^a	.	1 540	.	.	.	1 497	.
darunter *Milchkühe	1 000	526 ^a	514 ^a	.	514	.	.	.	480	.
(ohne Ammen- und Mutterkühe)										
*Schweine	1 000	1 743 ^a	1 718 ^a	.	1 718	.	.	.	1 632	.
darunter *Zuchtsauen	1 000	193 ^a	191 ^a	.	191	.	.	.	169	.
darunter *trächtig	1 000	129 ^a	129 ^a	.	129	.	.	.	116	.
SCHLACHTUNGEN ²⁾										
*Rinder (ohne Kälber)	1 000 St.	45	48	56	46	48	80	51	37	39
*Kälber	1 000 St.	1	1	1	1	1	1	1	1	0
*Schweine	1 000 St.	232	227	234	232	226	218	222	203	212
darunter *Hauschlachtungen	1 000 St.	3	3	6	5	5	3	6	4	3
*SCHLACHTMENGEN ³⁾ AUS GEWERBLICHEN SCHLACHTUNGEN ²⁾										
(ohne Geflügel)	1 000 t	31,8	32,6	34,8	31,8	32,2	42,7	32,7	27,3	29
darunter *Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	12,7	14,0	15,5	12,9	13,7	24,4	14,3	10,5	11,3
*Kälber	1 000 t	0,1	0,1	0,1	0,1	0	0,1	0,1	0,1	0
*Schweine	1 000 t	18,7	18,4	19,0	18,7	18,3	18,0	18,1	16,5	17,5
DURCHSCHNITTLICHES SCHLACHTGEWICHT für ²⁾										
Rinder (ohne Kälber)	kg	286	292	286	285	289	310	289	291	294
Kälber	kg	115	117	115	117	118	119	120	108	120
Schweine	kg	82	82	83	82	82	84	84	83	84
SEFLÜGEL										
Eingelegte Bruteier ⁴⁾	1 000	151	122
*für Legehennenküken	1 000	2	1
*für Masthühnerküken										
*Geflügelfleisch ⁵⁾	1 000 kg	274	120
*MILCHERZEUGUNG										
	1 000 t	217	218	192	206	p 205	171	169	182	p 188
darunter *an Molkereien und Händler geliefert	%	96	95	94	95	p 95	92	93	94	p 94
*Milchleistung je Kuh und Tag	kg	13,3	13,8	12,3	12,8	p 12,9	10,7	10,9	11,4	p 12,6

Veröffentlichung der Bevölkerungszahlen wird bis zum Vorliegen der neuen Ausgangsbasis (Volkszählungsergebnis vom 25. Mai 1987) ausgesetzt.

* Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht
¹⁾ ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene ²⁾ Bis Dezember 1984 Inlandtiere, ab Januar 1985 In- und Auslantiere ³⁾ einschließlich Schlachtfette, jedoch ohne Innereien ⁴⁾ in Betrieben mit einem Fassungsvermögen von 1 000 und mehr Eiern ⁵⁾ aus Schlachtungen inländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr Tieren im Monat
a. Dezember

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986/87			1987/88			
		Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	
PRODUZIERENDES GEWERBE										
VERARBEITENDES GEWERBE¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	1 000	166	167	167	166	164	165	165	164	163
darunter *Arbeiter und gewerblich Auszubildende	1 000	114	114	115	113	112	112	112	111	110
*Geleistete Arbeiterstunden	1 000	15 970	15 705	15 948	14 457	r 14 939	16 243	15 711	14 534	14 873
*Lohnsumme	Mill. DM	319,1	328,7	397,2	338,2	r 303,8	329,8	414,6	352,1	307,0
*Gehaltssumme	Mill. DM	216,4	229,1	304,4	244,2	r 220,7	226,7	312,8	260,7	228,6
Auftragseingang ausgewählter Wirtschaftszweige	Mill. DM	1 733	1 698	2 077	1 679	1 575	1 770	1 768	2 517	1 850
aus dem Inland	Mill. DM	1 155	1 123	1 240	1 058	1 106	1 204	1 241	1 145	1 266
aus dem Ausland	Mill. DM	578	575	837	621	469	566	527	1 373	584
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	3 046	3 054	3 177	3 186	r 2 817	3 207	3 208	3 163	2 652
Inlandsumsatz	Mill. DM	2 390	2 399	2 409	2 597	r 2 102	2 578	2 431	2 479	2 078
*Auslandsumsatz	Mill. DM	656	656	768	589	715	629	778	683	574
*Kohleverbrauch ²⁾	1 000 t SKE	17	15
*Gasverbrauch ³⁾	Mill. m ³	38,6	34,8
*Stadt- und Kokereigas	Mill. m ³
*Erd- und Erdölgas	Mill. m ³
*Heizölverbrauch ⁴⁾	1 000 t	72	51
*Leichtes Heizöl	1 000 t	8	10
*Schweres Heizöl	1 000 t	63	42
*Stromverbrauch ⁵⁾	Mill. kWh	240	242	247	231	245	279	271	266	259
*Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	25	26	35	27	25	36	41	37	33
*Index der Nettoproduktion für Betriebe im produzierenden Gewerbe ⁶⁾	1980 = 100	104,7	104,5	116,6	111,2	97,1	114,8
BAUHAUPTGEWERBE⁷⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber)	Anzahl	41 345	39 903	40 191	38 895	35 994	41 196	40 215	39 272	...
*Geleistete Arbeitsstunden	1 000	4 231	4 271	4 492	3 442	1 521	5 332	4 584	3 255	...
darunter für										
*Wohnungsbauten	1 000	1 606	1 587	1 669	1 332	662	1 894	1 634	1 194	...
*gewerbliche und industrielle Bauten	1 000	946	941	952	766	417	1 242	1 093	820	...
*Verkehrs- und öffentliche Bauten	1 000	1 581	1 629	1 765	1 260	412	2 086	1 750	1 162	...
*Lohnsumme	Mill. DM	86,2	87,1	116,9	87,6	45,0	103,4	123,3	85,2	...
*Gehaltssumme	Mill. DM	18,3	17,8	25,6	17,9	15,6	17,3	26,7	19,5	...
*Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	319,2	370,0	422,7	486,8	118,1	461,8	441,3	468,8	...
Auftragseingang ⁸⁾	Mill. DM	196,4	210,9	157,0	163,5	102,3	195,9	163,0	208,9	...
AUSBAUGEWERBE⁹⁾										
Beschäftigte	Anzahl	7 486	7 068	7 347	7 174	6 946	7 453	7 321	7 174	...
Geleistete Arbeitsstunden	1 000	880	842	858	828	773	940	884	836	...
Lohn- und Gehaltssumme	Mill. DM	18,5	17,9	21,6	19,8	16,4	19,7	22,8	20,4	...
Ausbaugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. DM	55,1	52,6	61,9	90,7	28,5	61,8	67,7	86,7	...
ÖFFENTLICHE ENERGIEVERSORGUNG¹⁰⁾										
*Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	1 732	1 875	2 142	2 866	3 090	2 595
*Stromverbrauch (einschließlich Verluste, ohne Pumpstromverbrauch)	Mill. kWh	891	909	965	999	1 133	933
*Gaserzeugung (brutto)	Mill. m ³
HANDWERK										
HANDWERK (Meßzahlen)¹¹⁾										
*Beschäftigte (einschließlich tätiger Inhaber) am Ende des Vierteljahres	30.9.1976 = 100	97,7	97,6	.	98,5
*Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Vj.-D 1976 = 100	130,9	136,8	.	161,7

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. Zur Methode siehe Statistischen Bericht E I 1 2) 1 t Steinkohle = 1 t SKE = Steinkohle-Einheit (29 308 MJ) 3) 1 000 m³ Gas (H₂ = 35,169 MJ/m³) = 1,2 t SKE 4) 1 t Heizöl, leicht = 1,46 t SKE, schwer = 1,40 t SKE 5) 1 000 kWh Strom = 0,123 t SKE 6) ohne Ausbaugewerbe, Gas-, Fernwärme- und Wasserversorgung 7) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E II 1 8) Nur Betriebe von Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten 9) Zur Methode siehe Statistischen Bericht E III 1 10) Quelle: Der Wirtschaftsminister des Landes Schleswig-Holstein 11) ohne handwerkliche Nebenbetriebe

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986/87				1987/88		
				Monats- durchschnitt	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
BAUTÄTIGKEIT										
BAUGENEHMIGUNGEN										
*Wohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	459	486	327	255	231	466	368	217	...
darunter mit										
*1 Wohnung	Anzahl	384	425	285	226	203	419	337	190	...
*2 Wohnungen	Anzahl	51	47	30	16	12	35	20	11	...
*Rauminhalt	1 000 m ³	346	345	240	187	186	328	234	141	...
*Wohnfläche	1 000 m ²	63	62	44	34	34	58	43	26	...
*Nichtwohngebäude (Errichtung neuer Gebäude)	Anzahl	114	97	99	87	70	133	107	80	...
*Rauminhalt	1 000 m ³	424	400	404	452	291	409	503	276	...
*Nutzfläche	1 000 m ²	72	64	59	90	48	75	86	51	...
*Wohnungen insgesamt (alle Baumaßnahmen)	Anzahl	786	727	524	401	384	668	486	327	...
HANDEL UND GASTGEWERBE										
AUSFUHR										
*Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	836,1	797,9	663,6	1 006,1	908,9	794,2	1 035,5	874,0	...
davon Güter der										
*Ernährungswirtschaft	Mill. DM	129,8	130,7	119,6	129,4	120,6	117,2	115,9	117,9	...
*gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	706,3	667,2	544,0	876,8	788,3	677,0	919,6	756,1	...
davon										
*Rohstoffe	Mill. DM	17,3	14,8	15,2	12,5	12,5	15,2	18,5	15,7	...
*Halbwaren	Mill. DM	69,0	47,5	42,9	37,7	40,0	52,5	39,6	49,9	...
*Fertigwaren	Mill. DM	620,0	604,9	485,9	826,6	735,8	609,2	861,6	690,5	...
davon										
*Vorerzeugnisse	Mill. DM	94,9	87,3	81,6	83,8	80,6	96,3	105,6	85,8	...
*Enderzeugnisse	Mill. DM	525,2	517,6	404,3	742,8	655,2	512,9	756,0	604,7	...
nach ausgewählten Verbrauchsländern										
*EG-Länder	Mill. DM	386,5	398,0	330,9	389,8	330,6	433,0	469,7	406,3	...
darunter										
Niederlande	Mill. DM	87,5	78,5	56,7	70,4	64,3	83,1	70,4	77,4	...
Dänemark	Mill. DM	78,2	73,1	61,2	70,5	58,7	81,0	74,7	74,9	...
Frankreich	Mill. DM	68,9	72,0	63,3	73,2	63,3	75,0	73,9	77,5	...
Vereinigtes Königreich	Mill. DM	60,8	66,0	60,1	68,3	62,5	70,6	72,0	64,6	...
*EINZELHANDELSUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	p 101,0	p 125,9	p 87,7	p 109,2	p 107,9
*GASTGEWERBEUMSATZE (Meßzahl)	1986 = 100	.	100	p 79,4	p 86,6	p 62,9	p 99,0	p 78,5
FREMDENERKEHR IN BEHERBERGUNGSGÄSTEN										
MIT 9 UND MEHR GÄSTEBETTEN (einschl. Jugendherbergen)										
*Ankünfte	1 000	245	258	139	108	77	279	143
darunter *von Auslandsgästen	1 000	27	32	20	16	8	30	21
*Übernachtungen	1 000	1 360	1 423	503	397	324	1 256	517
darunter *von Auslandsgästen	1 000	49	58	41	35	24	56	42
VERKEHR										
SEESCHIFFFAHRT¹⁾										
Güterempfang	1 000 t	1 263	...	1 292	1 301	1 207
Güterversand	1 000 t	739	...	801	690	730
BINNENSCHIFFFAHRT										
*Güterempfang	1 000 t	128	135	161	141	106	137	126	133	113
*Güterversand	1 000 t	142	159	178	152	108	154	152	193	141
*ZULASSUNGEN FABRIKNEUER KRAFTFAHRZEUGE										
darunter Krafträder	Anzahl	8 604	10 184	8 891	11 378	5 831	10 652
(einschließlich Motorroller)	Anzahl	261	216	27	43	9	45
*Personenkraftwagen 2)	Anzahl	7 732	9 316	8 315	10 730	5 321	9 913
*Lastkraftwagen	Anzahl	351	382	369	400	326	449
(einschließlich mit Spezialaufbau)	Anzahl	351	382	369	400	326	449
STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE										
*Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 356	1 396	1 380	1 222	685	1 445	1 435	p 1 170	p 1 211
*Getötete Personen	Anzahl	31	31	37	34	17	37	37	p 25	p 42
*Verletzte Personen	Anzahl	1 726	1 799	1 733	1 576	893	1 851	1 873	p 1 487	p 1 600

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) ohne Eigengewichte der als Verkehrsmittel im Fährverkehr transportierten Eisenbahn- und Straßenfahrzeuge

2) einschließlich Kombinationskraftwagen

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

		1985	1986	1986/87				1987/88		
				Monats- durchschnitt ¹⁾	Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.
GELD UND KREDIT										
KREDITE UND EINLAGEN²⁾										
*Kredite ³⁾ an Nichtbanken insgesamt (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	70 876	73 724	73 359	73 724	73 729	76 126	76 065	76 179	75 945
darunter										
*Kredite 3) an inländische Nichtbanken	Mill. DM	69 135	72 255	71 899	72 255	72 232	74 618	74 581	74 711	74 485
*kurzfristige Kredite (bis zu 1 Jahr)	Mill. DM	9 817	9 721	9 696	9 721	9 589	8 976	8 753	8 868	8 827
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	9 594	9 384	9 527	9 384	9 356	8 845	8 609	8 685	8 627
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	223	337	169	337	232	132	144	183	199
*mittelfristige Kredite (1 bis 4 Jahre)	Mill. DM	6 082	5 384	5 436	5 384	4 849	4 439	4 434	4 376	4 307
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	4 587	4 077	4 125	4 077	4 030	3 760	3 748	3 693	3 624
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	1 495	1 308	1 312	1 308	819	678	686	684	683
*langfristige Kredite (mehr als 4 Jahre)	Mill. DM	53 236	57 149	56 766	57 149	57 795	61 203	61 393	61 466	61 352
*an Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	39 954	43 173	42 976	43 173	43 363	45 029	45 188	45 288	45 343
*an öffentliche Haushalte	Mill. DM	13 282	13 977	13 791	13 977	14 432	16 174	16 205	16 178	16 008
*Einlagen und aufgenommene Kredite ³⁾ von Nichtbanken (Stand am Jahres- bzw. Monatsende)	Mill. DM	45 182	50 691	48 337	50 691	51 258	53 340	53 997	54 562	54 687
*Sichteinlagen und Termingelder	Mill. DM	28 203	31 571	29 951	31 571	32 060	33 772	34 386	34 412	34 515
*von Unternehmen und Privatpersonen	Mill. DM	21 686	24 780	24 821	24 780	24 931	26 558	27 082	27 033	27 272
*von öffentlichen Haushalten	Mill. DM	6 518	6 791	6 656	6 791	7 130	7 214	7 304	7 379	7 242
*Spareinlagen	Mill. DM	16 978	19 120	18 386	19 120	19 198	19 568	19 611	20 150	20 173
*bei Sparkassen (Spareinlagen, Sparbriefe, Namensschuldverschreibungen)	Mill. DM	12 894	13 759	13 347	13 759
*Gutschriften auf Sparkonten (einschließlich Zinsgutschriften), ab 1.1.87 vierteljährlich	Mill. DM	1 039	1 088	811	1 710	.	.	.	3 571	.
*Lastschriften auf Sparkonten, ab 1.1.87 viertelj.	Mill. DM	980	975	745	976	.	.	.	2 959	.
ZAHLUNGSSCHWIERIGKEITEN										
*Konkurse (eröffnete und mangels Masse abgelehnte)	Anzahl	73	73	67	72	49	57	72	47	50
*Vergleichsverfahren	Anzahl	0,3	-	-	-	-	-	-	-	-
*Wechselproteste (ohne die bei der Post)	Anzahl	330	281	214	266	342	195	173	196	...
*Wechselsumme	Mill. DM	2,6	1,9	1,3	1,8	2,7	1,5	0,8	1,4	...
STEUERN										
STEUERAUFKOMMEN NACH DER STEUERART			Vierteljahres- durchschnitt		4. Vj. 86				4. Vj. 87	
*Gemeinschaftssteuern	Mill. DM	2 408,5	2 564,8	.	2 832,9	.	.	.	3 037,9	.
*Steuern vom Einkommen	Mill. DM	1 748,4	1 827,3	.	2 071,0	.	.	.	2 227,0	.
*Lohnsteuer 4)	Mill. DM	1 296,5	1 323,8	.	1 575,8	.	.	.	1 685,6	.
*Veranlagte Einkommensteuer	Mill. DM	244,6	249,6	.	251,7	.	.	.	310,3	.
*nichtveranlagte Steuern vom Ertrag	Mill. DM	26,8	29,8	.	20,9	.	.	.	37,7	.
*Körperschaftsteuer 4)	Mill. DM	180,5	224,2	.	222,6	.	.	.	193,4	.
*Steuern vom Umsatz	Mill. DM	660,1	737,4	.	761,9	.	.	.	810,9	.
*Umsatzsteuer	Mill. DM	366,4	438,7	.	446,0	.	.	.	465,6	.
*Einfuhrumsatzsteuer	Mill. DM	293,7	298,8	.	315,9	.	.	.	345,3	.
*Bundessteuern	Mill. DM	130,8	134,1	.	156,7	.	.	.	147,4	.
*Zölle	Mill. DM	0,0	0,0	.	0,8	.	.	.	0,0	.
*Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. DM	116,6	120,0	.	149,2	.	.	.	139,9	.
*Landessteuern	Mill. DM	165,9	187,3	.	164,1	.	.	.	165,8	.
*Vermögensteuer	Mill. DM	26,3	25,8	.	26,2	.	.	.	37,7	.
*Kraftfahrzeugsteuer	Mill. DM	76,1	90,5	.	66,5	.	.	.	64,2	.
*Biersteuer	Mill. DM	6,4	7,1	.	7,3	.	.	.	6,6	.
*Gemeindesteuern	Mill. DM	274,9	278,3	.	272,8
*Grundsteuer A	Mill. DM	7,7	7,6	.	7,4
*Grundsteuer B	Mill. DM	63,7	67,5	.	59,0
*Gewerbesteuer	Mill. DM	194,0	193,5	.	197,6
nach Ertrag und Kapital (brutto)										
STEUERVERTEILUNG AUF DIE GEBIETSKÖRPERSCHAFTEN										
*Steuereinnahmen des Bundes	Mill. DM	1 247,5	1 330,4	.	1 490,5	.	.	.	1 573,6	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	667,9	700,1	.	800,8	.	.	.	865,1	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	432,4	479,3	.	495,2	.	.	.	527,1	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	37,8	.	.	.	33,9	.
*Steuereinnahmen des Landes	Mill. DM	1 438,8	1 518,6	.	1 595,0	.	.	.	1 704,9	.
*Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. DM	824,7	865,8	.	971,8	.	.	.	1 037,6	.
*Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. DM	431,8	448,5	.	421,2	.	.	.	467,6	.
*Anteil an der Gewerbesteuerumlage	Mill. DM	16,4	16,9	.	37,8	.	.	.	33,9	.
*Steuereinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände	Mill. DM	487,6	510,3	.	774,8	.	.	.	812,3	.
*Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital (netto) ⁵⁾	Mill. DM	161,2	159,7	.	121,9	.	.	.	122,4	.
*Anteil an der Lohn- und veranlagten Einkommensteuer	Mill. DM	245,5	265,9	.	577,6	.	.	.	613,2	.

NOCH: MONATS- UND VIERTELJAHRESZAHLEN

	1985	1986	1986/87			1987/88			
	Monats- durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	
PREISE									
PREISINDEXZIFFERN IM BUNDESGBIET 1980 = 100									
Einfuhrpreise	124,6	101,0	94,6	94,4	94,4	95,2	93,6	93,3	...
Ausfuhrpreise	119,4	116,8	115,4	115,3	115,0	116,0	115,9	115,9	...
Grundstoffpreise ⁶⁾	122,1	104,7	99,4	99,1	99,2	100,9	100,3
Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ⁶⁾	121,8	118,2	115,9	115,7	115,9	116,0	116,0	116,1	...
landwirtschaftlicher Produkte ⁶⁾	103,1	97,2	95,7	94,6	93,3	p 93,9	p 95,3	p 96,5	...
*Preisindex für Wohngebäude, Neubau, Bauleistungen am Gebäude	114,5	116,2	116,9	.	.	.	119,2	.	.
Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel (Ausgabenindex) ⁶⁾	115,2	108,4	104,6	104,2	104,7	102,9	103,0	103,4	...
Einzelhandelspreise	117,5	117,3	116,8	116,9	117,5	117,6	117,6	117,8	118,0
*Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	121,0	120,7	119,9	120,1	120,6	121,1	121,1	121,3	121,5
darunter für									
*Nahrungsmittel, Getränke, Tabakwaren	116,9	117,6	116,5	116,8	117,0	115,8	115,8	116,2	116,6
Bekleidung, Schuhe	118,4	120,6	121,3	121,3	121,5	122,8	122,8	122,9	123,0
Wohnungsmieten	123,9	126,4	127,2	127,3	127,5	129,3	129,4	129,6	130,0
Energie (ohne Kraftstoffe)	133,4	116,4	107,8	107,0	109,3	r 106,1	105,2	105,0	103,9
Möbel, Haushaltsgeräte u. a. Güter für die Haushaltsführung	117,7	119,1	119,6	119,6	119,8	120,9	120,9	121,0	121,1
LÖHNE UND GEHÄLTER									
- Effektivverdienste in DM -									
ARBEITER IN INDUSTRIE UND HOCH- UND TIEFBAU									
Bruttowochenverdienste									
*männliche Arbeiter	699	715	.	.	698	746
darunter *Facharbeiter	729	746	.	.	727	779
*weibliche Arbeiter	481	496	.	.	499	516
darunter *Hilfsarbeiter	460	470	.	.	473	485
Bruttostundenverdienste									
*männliche Arbeiter	17,07	17,53	.	.	17,79	18,22
darunter *Facharbeiter	17,88	18,38	.	.	18,64	19,13
*weibliche Arbeiter	12,17	12,60	.	.	12,84	13,26
darunter *Hilfsarbeiter	11,70	12,00	.	.	12,23	12,58
Bezahlte Wochenarbeitszeit									
männliche Arbeiter (Stunden)	40,8	40,7	.	.	39,3	40,9
weibliche Arbeiter (Stunden)	39,5	39,4	.	.	38,8	38,9
ANGESTELLTE, BRUTTOMONATSVERDIENSTE									
in Industrie und Hoch- und Tiefbau									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	4 123	4 273	.	.	4 373	4 512
*weiblich	2 842	2 925	.	.	2 990	3 092
Technische Angestellte									
*männlich	4 263	4 370	.	.	4 430	4 604
*weiblich	2 772	2 839	.	.	2 894	3 000
in Handel, Kredit und Versicherungen									
Kaufmännische Angestellte									
*männlich	3 374	3 425	.	.	3 487	3 589
*weiblich	2 305	2 347	.	.	2 379	2 476
Technische Angestellte									
männlich	3 397	3 436	.	.	3 483	3 457
weiblich	2 161	2 192	.	.	2 174	2 235
in Industrie und Handel zusammen									
Kaufmännische Angestellte									
männlich	3 610	3 699	.	.	3 772	3 886
weiblich	2 456	2 509	.	.	2 550	2 649
Technische Angestellte									
männlich	4 186	4 304	.	.	4 364	4 523
weiblich	2 725	2 789	.	.	2 838	2 934

*) Diese Positionen werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

1) Bestandszahlen bei Krediten und Einlagen: Stand 31. 12. 2) Die Angaben umfassen die in Schleswig-Holstein gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute; ohne Landeszentralbank, ohne die Kreditgenossenschaften (Raiffeisen), deren Bilanzsumme am 31. 12. 1972 weniger als 10 Mill. DM betrug, sowie ohne die Postscheck- und Postsparkassenämter. Ab 1. 1. 1986 einschließlich Raiffeisenbanken

3) einschließlich durchlaufender Kredite 4) nach Berücksichtigung der Einnahmen und Ausgaben aus der Zerlegung 5) nach Abzug der Gewerbesteuerumlage 6) ohne Umsatz-(Mehrwert-)steuer

JAHRESZAHLEN A

Erscheint im monatlichen Wechsel mit B

Jahr	Bevölkerung					Im Erwerbsleben tätige Personen ¹⁾					
	Einwohner (Jahres- mittel)	Heirats- ziffer	Geburten- ziffer	Sterbe- ziffer	Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wanderungs- gewinn	ins- gesamt	Land- und Forst- wirtschaft	produzie- rendes Gewerbe	Handel und Verkehr	übrige Dienst- leistungen
1982	2 620	5,5	9,3	12,1	- 7	6	1 123	69	368	227	459
1983	2 618	5,7	9,0	11,9	- 8	6	1 135	72	364	232	466
1984	2 615	5,8	8,8	11,8	- 8	5	1 144	72	344	250	479
1985	2 614	5,8	8,8	12,0	- 8	9	1 146	60	351	244	492
1986	2 613	6,0	9,4	11,9	- 6	5

Jahr	Öffentliche allgemeinbildende Schulen					Bruttoinlandsprodukt ³⁾							
	Schüler im September ²⁾ in			von 100 Schülern erreichten		in jeweiligen Preisen			in Preisen von 1980				
	Grund-, Haupt- und Sonder- schulen	Real- schulen	Gym- nasien	Inte- grierten Gesamt- schulen	weniger als Haupt- schul- abschluß	Haupt- schul- abschluß	mitt- teren Abschluß	Fach- hochschul- reife und allgemeine Hochschul- reife	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	Mill. DM	jährliche Zuwachs- rate in %	je Erwerbs- tätigen Bund = 100
	in 1 000												
1982	190	79	83	2	11	40	32	18	56 714	3,2	52 554	- 0,8	95
1983	179	74	80	2	11	38	33	18	59 405	4,7	53 395	1,6	95
1984	167	68	76	2	10	38	33	19	62 436	5,1	55 096	3,2	95
1985	158	62	73	2	10	37	32	21	63 954	2,4	55 412	0,6	94
1986	150	58	70	2	67 210	5,1	56 563	2,1	94

Jahr	Landwirtschaft										
	Viehbestand am 3. 12.				Schlachtviehaufkommen aus eigener Erzeugung ⁶⁾		Kuhmilcherzeugung		Ernten in 1 000 t		
	Rinder		Schweine	Hühner ⁵⁾	Rinder	Schweine	1 000 t	kg je Kuh und Jahr	Getreide	Kartoffeln	Zucker- rüben
	insgesamt	darunter Milchkühe ⁴⁾									
	in 1 000										
1982	1 565	541	1 740	3 933	478	3 011	2 585	4 776	2 412	142	890
1983	1 616	574	1 733	(3 810) ^{a)}	480	3 034	2 747	4 928	2 085	93	589
1984	1 627	545	1 767	3 457	571	3 057	2 674	4 780	2 320	187	831
1985	1 592	526	1 743	(2 995) ^{a)}	575	2 944	2 600	4 853	2 240	178	776
1986	1 540	514	1 718	3 214	612	2 909	2 612	5 020	2 437	152	769

Jahr	Verarbeitendes Gewerbe ⁷⁾										Bauhaupt- gewerbe	
	Beschäftigte (Jahresdurchschnitt)		Arbeiter- stunden in Mill.	Löhne	Gehälter	Umsatz (ohne Umsatzsteuer)		Energieverbrauch				
	insgesamt	Arbeiter				ins- gesamt	Auslands- umsatz	Kohle	Heizöl	Gas		Strom ⁸⁾
	in 1 000			Bruttosumme in Mill. DM		Mill. DM			1 000 t SKE ⁹⁾			Beschäftigte am 30. 6. in 1 000
1982	174	121	208	3 717	2 381	33 624	6 486	264	1 273	517	279	50
1983	166	114	195	3 620	2 432	34 185	6 352	227	1 111	579	290	50
1984	165	113	194	3 673	2 485	36 236	8 090	231	1 346	568	312	49
1985	166	114	192	3 829	2 597	36 550	7 873	200	1 207	556	318	42
1986	167	114	188	3 945	2 749	36 650	7 867	180	865	501	319	41

1) Ergebnisse der 1%-Mikrozensusserhebungen, 1982 und 1983 Ergebnisse der 0,4% EG-Arbeitskräfteerhebung

2) 1984: November

3) 1984 bis 1986 vorläufiges Ergebnis

4) ohne Ammen- und Mutterkühe

5) ohne Trut-, Perl- und Zwerghühner

6) Gewerbliche und Hausschlachtungen, einschließlich des übergebietlichen Versandes, ohne übergebietlichen Empfang

7) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten

8) ohne Eigenenerzeugung

9) 1 t SKE (Steinkohle-Einheit) = 29 308 MJ

a) Mit früheren Jahren eingeschränkt vergleichbar

KREISZAHLEN

KREISFREIE STADT Kreis	Bevölkerung am 24. 5. 1987			Bevölkerungsveränderung im Mai 1987			Straßenverkehrsunfälle mit Personenschaden im Januar 1988 (vorläufige Zahlen)		
	insgesamt	Veränderung gegenüber		Überschuß der Geborenen oder Gestorbenen (-)	Wände- rungs- gewinn oder -verlust (-)	Bevölke- rungs- zunahme oder -abnahme (-)	Unfälle	Getötete ²⁾	Verletzte
		Vormonat ¹⁾	Vorjahres- monat						
		in %							
FLensburg	85 361	+ 0,0	.	- 2	19	17	20	1	22
KIEL	244 164	+ 0,0	.	- 44	162	118	107	2	135
LOBECK	208 085	- 0,1	.	- 89	- 170	- 259	66	-	86
NEUMONSTER	77 580	- 0,1	.	- 4	- 91	- 95	32	-	36
Dithmarschen	128 037	- 0,1	.	- 23	- 95	- 118	69	3	108
Hzgt. Lauenburg	157 605	- 0,0	.	- 44	41	- 3	65	6	88
Nordfriesland	160 479	+ 0,1	.	32	138	170	76	1	101
Ostholstein	196 680	+ 0,1	.	- 47	234	187	84	6	102
Pinneberg	262 787	- 0,0	.	- 19	- 8	- 27	129	3	164
Plön	117 895	- 0,1	.	1	- 64	- 63	52	-	62
Rendsburg-Eckernförde	247 264	- 0,1	.	- 17	- 139	- 156	136	4	194
Schleswig-Flensburg	182 681	-	.	4	- 4	0	90	7	117
Segeberg	219 066	+ 0,1	.	5	175	180	127	6	158
Steinburg	125 760	- 0,4	.	12	- 565	- 553	63	-	87
Stormarn	198 415	+ 0,1	.	- 11	128	117	95	3	140
Schleswig-Holstein	2 611 859	- 0,0	.	- 246	- 239	- 485	1 211	42	1 600

KREISFREIE STADT Kreis	Verarbeitendes Gewerbe ³⁾			Kraftfahrzeugbestand am 1. 7. 1987		
	Betriebe am 31. 1. 1988	Beschäftigte am 31. 1. 1988	Umsatz ⁴⁾ im Januar 1988 Mill. DM	insgesamt ⁵⁾	Pkw ⁶⁾	
					Anzahl	je 1 000 Einwohner
FLensburg	68	8 428	154	36 733	32 709	...
KIEL	123	21 985	274	102 400	91 316	...
LOBECK	136	20 289	215	88 036	78 478	...
NEUMONSTER	69	9 935	129	37 430	33 219	...
Dithmarschen	64	5 928	196	70 376	56 411	...
Hzgt. Lauenburg	95	7 896	77	81 908	70 377	...
Nordfriesland	58	3 007	62	85 847	69 223	...
Ostholstein	76	5 839	87	96 465	82 363	...
Pinneberg	184	19 792	303	136 404	118 476	...
Plön	45	2 528	36	62 755	52 626	...
Rendsburg-Eckernförde	125	9 434	166	132 811	111 088	...
Schleswig-Flensburg	80	4 835	97	99 599	80 540	...
Segeberg	165	16 192	286	128 562	109 981	...
Steinburg	83	9 064	169	71 590	58 710	...
Stormarn	153	17 411	401	107 474	94 210	...
Schleswig-Holstein	1 524	162 563	2 652	1 338 390	1 139 727	...

1) 30. 4. 1987 2) einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen 3) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 4) ohne Umsatzsteuer 5) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 6) einschließlich Kombinationskraftwagen

Anmerkung: Eine ausführliche Tabelle mit Kreiszahlen, die von allen Statistischen Landesämtern gebracht werden, erscheint in Heft 5 und 11

ZAHLEN FÜR DIE BUNDESLÄNDER

Land	Bevölkerung am 31. 3. 1987			Arbeitsmarkt				*Viehbestände	
	in 1 000	Veränderung gegenüber		Arbeitslose am 31. 1. 1988	Kurzarbeiter Monatsmitte Januar 1988	offene Stellen 31. 1. 1988	Schweine insgesamt am 3. 8. 1987	Rindvieh am 3. 6. 1987	
		VZ 1970	Vorjahres- stand					insgesamt	Milchkühe (einschl. Zugkühe)
		in %							
Schleswig-Holstein	2 612,4	+ 4,7	- 0,0	126	15	5	1 747,9	1 547,5	464,7
Hamburg	1 568,8	- 12,5	- 0,5	103	10	4	6,9	12,7	2,6
Niedersachsen	7 192,1	+ 1,6	- 0,0	365	49	20	7 899,3	3 382,1	1 034,7
Bremen	653,8	- 9,5	- 0,6	43	7	2	8,9	22,9	4,2
Nordrhein-Westfalen	16 673,1	- 1,4	+ 0,1	796	59	35	6 669,8	2 035,2	580,5
Hessen	5 547,9	+ 3,1	+ 0,3	172	28	14	1 222,7	828,8	261,1
Rheinland-Pfalz	3 608,3	- 1,0	- 0,1	132	17	8	620,3	601,3	208,8
Baden-Württemberg	9 335,9	+ 5,0	+ 0,6	219	53	32	2 412,9	1 738,7	636,7
Bayern	11 029,8	+ 5,3	+ 0,5	409	59	30	4 401,8	5 160,5	1 972,4
Saarland	1 040,8	- 7,1	- 0,3	55	5	2	43,3	69,2	22,7
Berlin (West)	1 880,0	- 11,4	+ 1,0	98	9	10	3,1	0,8	0,2
Bundesgebiet	61 142,8	+ 0,8	+ 0,2	2 519	310	161	25 037,1	15 399,8	5 188,8

Land	Verarbeitendes Gewerbe ¹⁾			Bauhauptgewerbe		Wohnungswesen im Oktober 1987	
	Beschäftigte am 30. 11. 1987 in 1 000	Umsatz ²⁾ im November 1987		Beschäftigte am 30. 10. 1987		zum Bau genehmigte Wohnungen	
		Mill. DM	Auslandsumsatz in %	in 1 000	je 1 000 Einwohner	Anzahl	je 10 000 Einwohner
Schleswig-Holstein	165	3 208	24	41	16	668	2,6
Hamburg	136	5 925	13	21	14	189	1,2
Niedersachsen	646	13 080	33	108	15	1 856	2,6
Bremen	75	1 947	39	11	16	58	0,9
Nordrhein-Westfalen	1 948	36 619	29	226	14	3 095	1,9
Hessen	630	10 292	29	87	16	1 692	3,0
Rheinland-Pfalz	367	7 290	36	61	17	950	2,6
Baden-Württemberg	1 436	24 157	32	171	18	3 486	3,7
Bayern	1 364	21 875	34	238	22	4 343	3,9
Saarland	136	2 342	32	16	16	127	1,2
Berlin (West)	163	4 078	12	33	18	413	2,2
Bundesgebiet	7 066	130 814	30	1 013	17	16 877	2,8

Land	*Kfz-Bestand ³⁾ am 1. 7. 1987			Straßenverkehrsunfälle ⁶⁾ mit Personenschaden im November 1987				Bestand an Spar- einlagen ⁷⁾ am 30. 11. 1987 in DM je Einw.	Steuereinnahmen				
	ins- gesamt ⁴⁾ in 1 000	Pkw ⁵⁾		Unfälle	Getötete	Verletzte	Verun- glückte je 100 Unfälle		im 3. Vierteljahr 1987				
		Anzahl	je 1 000 Einwohner					des Landes	des Bundes	der Gemeinden			
											in DM je Einwohner		
											in DM je Einwohner		
Schleswig-Holstein	1 338	1 140	...	1 435	37	1 873	133	7 507	611	542	201		
Hamburg	696	624	...	1 041	11	1 378	133	10 785	995	4 146	450		
Niedersachsen	3 814	3 225	...	3 554	112	4 557	131	9 301	606	547	201		
Bremen	290	260	...	353	5	407	117	10 462	659	1 274	326		
Nordrhein-Westfalen	8 398	7 441	...	7 268	140	9 247	129	10 136	702	1 069	265		
Hessen	3 134	2 703	...	2 490	61	3 297	135	11 516	716	944	295		
Rheinland-Pfalz	2 079	1 739	...	1 577	31	2 028	131	10 840	605	659	234		
Baden-Württemberg	5 272	4 443	...	3 875	96	5 148	135	11 952	739	945	271		
Bayern	6 315	5 113	...	4 912	141	6 518	136	12 159	698	772	257		
Saarland	555	491	...	465	9	614	134	9 835	599	579	194		
Berlin (West)	774	676	...	1 120	20	1 330	121	9 296	549	1 912	190		
Bundesgebiet	32 656 ^{a)}	27 855 ^{a)}	...	28 459	679	36 861	132	10 724	688	976	257		

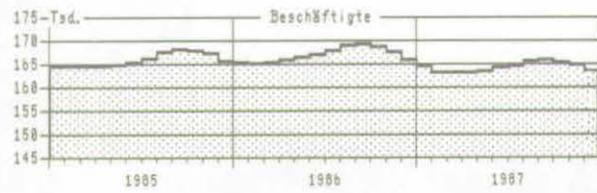
*) An dieser Stelle erscheinen abwechselnd Angaben über Viehbestände, Kfz-Bestand und Bruttoinlandsprodukt
 1) Betriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten 2) ohne Umsatzsteuer 3) ohne Bundespost und Bundesbahn 4) einschließlich Fahrzeuge ohne Fahrzeugbrief 5) einschließlich Kombinationskraftwagen 6) Schleswig-Holstein endgültige, übrige Länder vorläufige Zahlen 7) ohne Postspareinlagen
 a) Länder ohne, Bundesgebiet einschließlich Bundespost und Bundesbahn

Entwicklung im Bild

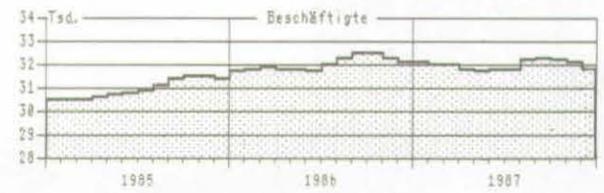
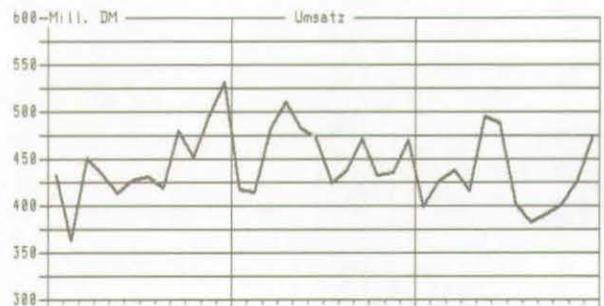
D 5608 Stat. LA S-H (B)

Verarbeitendes Gewerbe

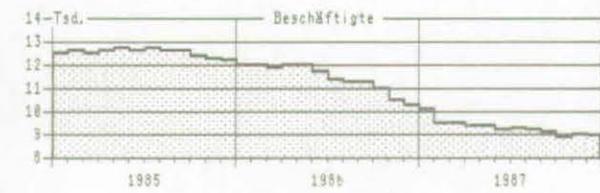
Industrie- und Handwerksbetriebe mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten



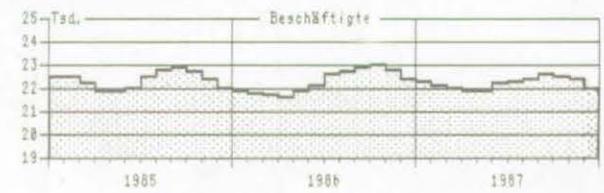
darunter Maschinenbau



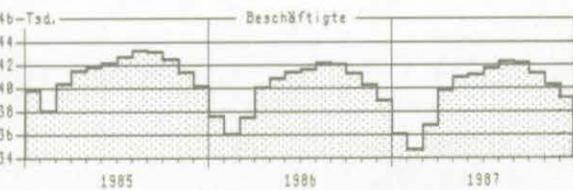
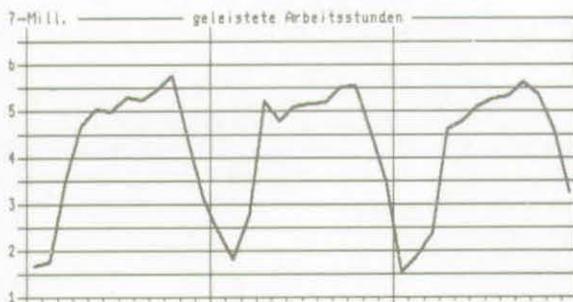
darunter Schiffbau



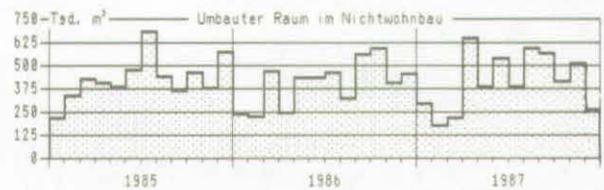
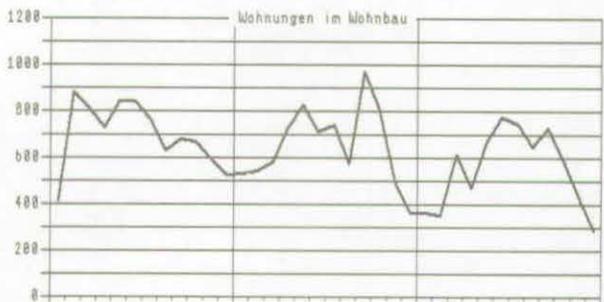
darunter Nahrungs- und Genussmittelgewerbe



Bauhauptgewerbe



Baugenehmigungen



Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Postfach 1141, 2300 Kiel 1

Postvertriebsstück · V 6458 E · Gebühr bezahlt

Herausgeber: Statistisches Landesamt Schleswig-Holstein, Kiel, Fröbelstr. 15-17; Fernruf (04 31) 689 50
Postanschrift: Postfach 1141, 2300 Kiel 1; Schriftleitung: Bernd Struck
Druck: Hugo Hamann, Kiel, Holtenauer Str. 65a - Auflage: 700
Bezugspreis: Einzelheft 3,- DM, Jahresbezug 30,- DM

- Nachdruck, auch auszugsweise, ist gern gestattet, wenn die Quelle genannt wird -